Nr. 187 — Halle a. S., Dienstag den 14. August 1906. — 17. Jahrg.

Erscheint täglich nachmittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis monatlich 90 Pfg., vierteljährlich 2,60 Mk. pränumer. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1,66 Mk. exkl. Bestellgeld.

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht bezieh-bar, kostet monatlich 10 Pf., vierteljährlich 30 Pfg.

Telephon Nr. 1047. Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. — Redaktion: Harz 42/43.

Insertionsgebühr beträgt für die 5 gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg. für Wohnungs-, Partei-u. Gewerkschaftsversammlungs-Anzeigen 10 Pfg. für auswärt. Anzeig. 25 Pfg. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 75 Pfennig.

Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Englische Parlamentsarbeit.

Das zu Anfang dieses Jahres neugewählte Parlament zeichnete sich durch zwei Umstände aus: erstens durch die erdrückende Mehrheit der Liberalen; zweitens durch das Erscheinen einer selbständigen Arbeiterfraktion. Bei der Beurteilung der soeben geschlossenen ersten Session sollen diese beiden Umstände besonders erwogen werden.

Schon äußerlich zeigten liberale Regierung und Mehrheit viel Eifer, Arbeitsamkeit und Leistungsfähigkeit. Wenige Tage nach den Hauptwahlen trat das Parlament am 13. Februar zusammen und saß zum 4. August, um wieder gegen Ende Oktober zu einer Herbsttagung zusammenzutreten. Dieser Eifer hebt das Ansehen des Parlaments, das in den zehn konservativen Jahren 1895—1905 tief gesunken war. Das Bestreben der Konservativen war, den parlamentarischen Schwerpunkt aus dem Unterhause ins Kabinett zu verlegen, das heißt: aus der Legislative in die Exekutive. Die Liberalen kehrten wieder zur alten Tradition zurück und legten das Hauptgewicht auf das Unterhaus, — auf die öffentlichen Debatten der Volksvertreter. Besonders war es der Premierminister, Sir Henry Campbell-Bannerman, der den rethorischen Haarspaltereien und scheinwissenschaftlichen Redekünsten Balfours entgegentrat.

Von den vielen größeren und kleineren Maßnahmen und Bills (Gesetzesvorlagen), die das Parlament teils diskutierte, teils durch die wichtigsten Beratungsstufen hindurchbrachte, sind zu nennen: Die Schulvorlage, die Gewerkschaftsvorlage (Trades Disputes Bill-Vorlage betreffend gewerbliche Streitigkeiten), Gewährung staatlicher Geldmittel zur Ausführung des im vorigen Jahre angenommenen Arbeitslosengesetzes und die Vorlegung der Verfassung für Transvaal.

Die Schulvorlage macht zum größten Teile der konfessionellen Schule ein Ende. Volksschulen, die aus öffentlichen Mitteln unterhalten werden, verlieren den konfessionellen Charakter und werden von den Gemeindebehörden verwaltet. Der Religionsunterricht beschränkt sich auf das Lesen bestimmter Bibelkapitel. Den Eltern steht es frei, ihre Kinder dem Religionsunterricht zu entziehen. Die Lehrer werden keinen religiösen Beschränkungen und keinen konfessionellen Religionsprüfungen unterworfen; sie haben auch das Recht, die Erteilung des Religionsunterrichts zu verweigern. Wo unter Ausnahmebedingungen konfessioneller Religionsunterricht erteilt wird, da müssen die Eltern für die Kosten dieses Unterrichts aufkommen; Staat und Gemeinde haben mit diesem Unterricht nichts zu tun. Dies ist der Grundcharakter der Vorlage, die nur noch der Zustimmung des Oberhauses bedarf. Die Vorlage ist gewiß noch fehlerhaft und bringt keine definitive Lösung, aber sie bedeutet einen Fortschritt; sie ist besser als das konservative Schulgesetz vom Jahre 1902, und in der Gesetzgebung, wie überhaupt im praktischen Leben mit seinen vielen Strömungen und Gegenströmungen wird nicht das Beste sondern das Bessere angestrebt.

Die Trades Disputes Bill, die bereits die Kommissionsberatung durchgemacht hat, stellt das alte Gewerkschaftsrecht wieder her: sie sichert die Gewerkschaftskassen gegen Schadenersatzklagen. Und dies ist die Hauptsache. Können die Gewerkschaften nicht mehr kollektiv prozessiert werden, so verlieren auch die Schwierigkeiten des Picketings (Streikpostenstehens) und der Streikvorbereitungen ihren gesetzlichen Charakter.

Zur Ausführung des Arbeitslosengesetzes, das eine Maschinerie schaffe zur Behandlung der Arbeitslosigkeit, gewährte die Regierung für den nächsten Winter vier Millionen Mark. Das Arbeitslosengesetz vom Jahre 1905 erkannte im Prinzip an, daß die Arbeitslosigkeit nicht die Schuld der einzelnen Arbeiter sondern die der Gesellschaft ist, aber es verweigerte die Mittel, den Arbeitslosen zu helfen. Das Gesetz war also unlogisch. Die liberale Regierung zog nun den Schluß aus den gegebenen Voraussetzungen und bewilligte Staatsmittel, allerdings noch in ganz ungenügendem Maße, um das Gesetz ins Leben einführen zu können. Die es Gesetz dürfte in der Sozialgeschichte Englands im 20. Jahrhundert dieselbe Bedeutung haben, wie sie das erste Fabrikgesetz vom Jahre 1802 für die Arbeiterschutzgesetzgebung des 19. Jahrhunderts hatte. Der Anfang beider ist ganz gering, aber beide bringen ein neues Prinzip in die Gesetzgebung. Das Gesetz vom Jahre 1802 machte mit der Theorie, daß die Arbeiter freie Agenten sind, ein Ende; das Gesetz vom Jahre 1905 räumt mit der Ansicht auf, daß Arbeitslosigkeit eine Folge der persönlichen Schuld oder Untüchtigkeit des Arbeiters ist.

Die Novelle zum Unfallgesetz befindet sich in Kommissionsberatung. Sie verkürzt die Karenzzeit von zwei Wochen auf drei Tage und dehnt das Gesetz auf fast alle Arbeiterkategorien aus; eingeschlossen sind auch Ladengehülfen; ausgeschlossen sind nur Polizeibeamte, Dienstpersonal und die außerhalb des Betriebes zeitweilig beschäftigten Personen.

Die Verfassungs Transvaals ist viel liberaler, als die von der letzten Regierung im Frühjahr 1905 gegebene. Letztere war nach dem Muster der deutschen abgefaßt: Die Wähler und ihre Abgeordneten hatten das Recht der Meinungsäußerung, der Kritik und des demonstrativen Redehaltens, aber die von der Krone ernannte Regierung hatte die wirkliche Macht. Die neue Verfassung gibt Transvaal eine repräsentative Regierung, d. h. die Regierung wird aus der parlamentarischen Mehrheit genommen und ist deshalb dem Parlamente verantwortlich. Die Minister werden nicht von der Krone ernannt, sondern von der jeweiligen parlamentarischen Mehrheit bestimmt. Erhalten zum Beispiel die Buren die Mehrheit, so werden ihre Führer Botha, Dewet usw. zu Ministern. Das Wahlrecht ist allgemein, aber die Zahl der Abgeordneten wird nicht nach der Zahl der Bevölkerung bestimmt, sondern nach der Zahl der Wahlberechtigten. Diese Maßregel wurde ergriffen, um nicht den Buren die parlamentarische Uebermacht zu geben. Es wurde auch eine Zweite Kammer, eine Art Oberhaus, eingerichtet. In der ersten Legislaturperiode wird das Oberhaus von der Krone ernannt, wahrscheinlich in Uebereinstimmung mit den Buren. Später soll das Oberhaus aus Wahlen hervorgehen. Was man auch gegen diese Verfassung sagen könnte, sicher ist, daß es Deutschen schlecht ansteht, sie zu kritisieren, nachdem die Deutschen sich mit einer halb absolutistischen Verfassung schon seit 35 Jahren begnügen.

Von anderen Maßnahmen sind erwähnenswert: Die Abschaffung des noch aus früheren Zeiten stammenden Pluralvotums in England; die Gewährung von 500 000 M. für Behausung der irischen Landarbeiter; die Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation der Post- und Telegraphen-Beamten; die Milderung der Bestimmungen des Einwanderungsgesetzes; die Herabsetzung der Ausgaben für Armee und Flotte; die Abschaffung des Kohlenausfuhrzolles und die Herabsetzung des Teezolles.

Dies sind die Hauptleistungen der Liberalen in kaum sechs Monaten. Sie zeugen von der Fähigkeit parlamentarischer Einrichtungen, die Geschäfte einer großen Nation zu erledigen.

Dagegen darf man nicht die traurigen Vorgänge beim Zulukriege in Natal und die illiberale Behandlung Bengalens vergessen, ebensowenig den Eifer Sir Edward Greys in bezug auf das zarische Rußland. Gegenüber schwächeren Rassen und diplomatischen Erwägungen versagt der Liberalismus. Die modernen Staaten beruhen auf dem nationalen Prinzip. Für sie gilt der Grundsatz: Außerhalb der Nation, außerhalb des Rechts. Die Herstellung eines wahren Völkerrechts ist die Mission der sozialistischen Arbeiterparteien.

Nach der liberalen Mehrheit zieht die junge Arbeiterfraktion unsere Aufmerksamkeit auf sich. Durch ihren Ernst, ihre sozialpolitischen Kenntnisse und durch ihre Beredsamkeit gewannen die Arbeitervertreter die Achtung des Hauses. Sie traten stets für Gerechtigkeit und Freiheit ein, — für die russischen Flüchtlinge, für die Zulus, für Indien, für die Verwirklichung der Schule, für die Arbeitslosen. Die Führung Keir Hardies war wachsam, gewandt und allen Anschlägen der Gegner gewachsen. Seiner Führung ist es auch zu verdanken, daß der Gedanke der politischen Selbständigkeit festere Wurzeln schlug. Und es war von der größten Wichtigkeit, daß Hardie beim Beginn der Session zum Fraktionsführer gewählt wurde. Er vereinigte auf sich nur 14 Stimmen gegen 13 auf Shackleton. Es soll hier nicht verschwiegen werden, daß J. R. Mac Donald, der Sekretär der Partei, der seine Stellung in der Arbeiterpartei fast ausschließlich Keir Hardie zu verdanken hat, gegen diesen stimmte. Mac Donald hätte es lieber gesehen, wenn Shackleton an der Spitze der Partei stände, da dieser den Plänen Mac Donalds weniger Widerstand entgegensehen würde. Mac Donald hat sich ferner öffentlich ausgesprochen, daß die Satzung, die die Partei zur Selbständigkeit verpflichtet, zu strikte sei. Er tadelt schließlich Keir Hardie wegen des bekannten Briefes an einen farbigen Afrikaner über die Barbareien in Aegypten und in Natal. Aus diesen Tatsachen dürfte zur Genüge hervorgehen, daß es mit Mac Donalds Sozialismus nicht weit her ist.

Die übrigen Arbeitervertreter haben sich korrekt gehalten und auch, wo einige derselben, wie Crooks und Walsh, bei der Schulvorlage eher mit der Regierung als mit der Partei stimmten, so geschah dies aus den reinsten Motiven. Im üb-

Die Heiterethei.

Erzählung von Otto Ludwig.

10]

Sie bewegte die Haube dabei wiederum auf ihr linkes Ohr, um anzudeuten, daß der Redner kein Luckenbacher, und daher gewissermaßen kein Mensch sei und keinen Glauben verdiene.

Das verdroß den Saalfelder, er sprang wiederum hinter dem Tische hervor, rüttelte an seinem Propfen und sprudelte: „M—i—t—it Vergunst von der Frau Valtinessin, ich bin Mensch und Böttcherge'elle. Aa—a—als ein solcher hab ich zwei Jahre lang bei dem Meister Holder gearbeitet, und zwar als einer, der weiter drin ist gewest, als bloß in Luckenbach, wo nur ein kleines Nest im Vergleich mit großen, allwo ich gearbeit mit Vergunst von der Frau Valtinessin."

„Ein Mensch will Er sein und ein Büttnerge'ell? Ein Saalfelder, ist Er," sagte die Valtinessin entschieden.

Der Meister Schramm schien die scharfsinnige Einteilung vernunftbegabter Wesen in Menschen, Büttnergesellen und Saalfelder anzustaunen. Und die Sache war damit eigentlich abgetan.

Der Saalfelder war zwar anderer Meinung. Er kam wieder hervorgerannt. „Dddd—das kann ich dem Meister Schramm bezeugen, wie der Meister Holder ist gewest. Dddd—denn der Meister Holder ist auch auf mich zugekommen mit unvorsichtigen Griffen wie ein Rohrkist, das er immer ist gewest. Mmmm—meister Holder, hab ich gesagt, ich bitt' ihn inständig, ich nicht zu vergreifen. Wwww—wenn ich metut, einen rechtschaffenen Menschen in Dir anzugreifen, da ve—vergriff ich mich freilich, hat er gesagt. Jiii—ich hätt' ihm noch mehr gesagt, wä—wär ich nicht zufällig schon draußen gewest. Unnnd der Spandauer, mein Nebensgesell', ist von se—elber gegangen vor Zorn über mich, daß der Mei—ister einen rechtlichen Kunstgesellen so behandelt hat. Dddden—denn es ist eine Kunst und kein Handwerk nicht; da—as Buch so—stet mich sechzehn Groschen: das Gg—ganze der Böttcherkunst mit Vergunst von der Frau Valtinessin."

Für diese war der gute Saalfelder gar nicht mehr vorhanden: sie strich sein Geständnis in Gestalt einer Falte von ihrer Schürze weg. Aber das Heinchen zirpte hinter dem Ofen hervor: „Die Red' ist davon, ob der Holders-Fritz ausgeht oder nicht!"

„Freilich geht er," sprudelte der Saalfelder. „Nnnnüßt mir's der Lehrer (Lehring) nicht gesagt haben, wo ganz allein bei ihm geblieben ist, wei—weil er ein Schurk ist seines Namens, uuund das ja—ann man ihm nicht verdenken tun von weeger er ist erst sechzehn gewest. Dddder muß nun die Bestellungen annehmen und mit den Kunden verkaufmodieren von weger weil der Meister mit niemand reden mtß. Dddda sitzt der Meister auf der Schnitzbank und sagt: Tiu ich's oder tiu ich's nicht? Ich tiu's, und eb's herauskommt, gieb ich nach Amerika. Unnnd dbabei hat er Augen gemacht wie glühig Pech und den Schnnitzer vor sich in die Schnnitzbank gestochen wie ein Tihrann. Und wwie er den Lehrer hat gesehn, daß der ist in der Werkerstatt gewest, dda ist er erschrocken kkkeweik, dddaß dem Lehrer's hat gegruselt den ganzen Rücken hinunter mit Vergggunst von der Frau Valtinessin. Unnnd hernach hat sich der Mei—ster angezogen, ddder Lehrer hat's durch's Schlüsselloch gesehn, aber nicht wie ein Chchchristenmensch, sondern wie ein italiänischer Banditer; so dbbat er das Futter außenhin gehabt und dddas Tuch inwendig. Es ist schschon dämmerig gewest, aber er hat noch gewartt, bis es Nnnnacht worden, und hat dem Lehrer erst nnnoch gute Nacht gesagt und geb'han, als wenn er sich niederlegt, eb' er ist aggegangen nach den Wwweiden zu mit Vergunst von der Frau Vvvaltinessin."

„Nach den Weiden," zirpte das Heinchen, „hm, hm, hm!"

Die Valtinessin war eben im Begriff, das ganze Zeugnis des Saalfelders auf ihren Knieen heimzuschlagen, als sich die Stimme des Uhrmachermeisters Zerrer erhob. Der Mann schien bei seinen Gehwerken das Sprechen gelernt zu haben. Aus seinem Knarren und Schnarren schien hervorzugehen, daß auch er den Holders-Fritz in der Dämmerung lauernd getroffen.

„Wo denn?" fragte das Heinchen. „Auch bei der Heiterethei ihrem Häusle?"

„Es war am Weidenweg," schnarrte der Uhrmacher. „Ja, wenn ich mich recht besinn, es ist mit die Heiterethei nicht lang zuvor den Weidenweg her begegnet gewest. Ich hab ihn ganz genau erkannt. Die Frau Valtinessin kann's glauben, so gewiß ich ein Luckenbacher bin."

„Hm," sagte die Valtinessin und schwang die Haube. „Ich kann mich nur nicht gleich besinnen, wo sein Gwehvater selig wohnhaft ist gewest in Luckenbach."

„Der liegt auf dem Schwarzwald begraben, in Tuttlingen," entgegnete der Uhrmacher. „Mein Vater ist erst hergezogen nach Luckenbach."

„So auf dem — Schwarzwald," sagte die Valtinessin und dehnte den Schwarzwald, daß seine letzten Bäume weit nach Frankreich hinein zu stehen kamen: „Das ist, wo die Katholiken sein, und da heißt einer Florian und der ander Fabian und machen Mäusfallen."

„Das ist mir nicht bekannt," sagte der Uhrmacher. „Aber von den Schwarzwälderuhren weiß die ganze Welt."

„Die ganz' Welt?" sagte die Valtinessin und schob sie mit der linken Hand geringschätzig beiseite. „Das kann sein. Aber von Luckenbach weiß sie nix. Und obschon mein Vater ein Weber ist gewest, Gott sei Dank! es ist noch kein Luckenbacher gewest, der Uhren hätt' gemacht!"

Die Eb' lachte eben nicht ehrerbietig. „Nun, so wird Sie mir's doch glauben, wenn ich's sag. Der Holders-Fritz hat mich dahinten an der Mauer beinah über den Haufen gerennt, wie er den Leuten ist ausgewichen. Und gelauert hat er vorher, das hab ich selber gesehn."

„Und die Heiterethei?" schob das Heimchen, hinter dem Ofen hervor, ein. „Die ist erst vordei gewest?"

„Nein," sagte die Eb'. „Aber weit war sie nicht; das ist schon wahr. Und den Weg ist sie hernach auch gekommen. Und nun wird Sie's doch glauben, wenn's eine bessere Luckenbacherin sagt, als Sie selber ist. Ich hab doch ein Luckenbacher Heerle (Großvater) mehr, wie Sie."

„Ja, was das für ein Moodmädle ist," lachte die Valtinessin voll Mutterstolz, „die Eb'! und obschon mein Vater ein Weber ist gewest, mein Heerle selig ist Bürgermeister von Luckenbach gewest, und alle Leut' haben gesagt, ich bin ihm wie aus den Augen geschnitten."

Das war eigentlich der Nachsatz, zu welchem jenes Obschon ursprünglich gehörte. Wenn sie dies ohne den Nachsatz brachte, so war das jedenfalls Beschönbendeit, und sie rechnete darauf, daß der Hörer dieses in seinem Kopfe ergänzen würde.

Der Meister Schramm wunderte sich diesmal mit Recht. Denn was wußten das für Augen gewesen sein, aus denen man eine Gestalt wie die Valtinessin schneiden konnte! Von einem Bürgermeister, der solche Augen hatte, da war freilich Luckenbach wohl gehütet. (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219060814-14/fragment/page=0001

rigen wird die Arbeiterpartei ihre Lebenskraft erst nach Annahme der Gewerkschaftsvorlage zu beweisen haben. Bis dahin ist die rechtlose Lage der Trade-Unions eine der stärksten Ursachen des Zusammenhaltens und des politischen Klassenkampfes der jungen Arbeiterpartei. —

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 13. August 1906.

Naumann.

Die Zeit, da Friedrich Naumann als ein gefährlicher Gegner der Sozialdemokratie galt, ist längst vorbei. Der Traum der Nationalsozialen, die Sozialdemokratie „ablösen" zu können, ist ausgeträumt; mit ihm schwand auch das Wohlwollen, mit dem weite bürgerliche Kreise die Arbeit des streitbaren Frankfurter Pastors und seiner Kameraden anfangs begrüßt hatten. Ein kleiner Bruchteil der kleinen Gruppe entwickelte sich folgerichtig zur sozialdemokratischen Weltanschauung; ein anderer, der vom „Nationalen" nicht los konnte, aber doch zuviel Ehrlichkeit besaß, um den Weg zu Max Lorenz zu gehen, schloß sich der Freisinnigen Vereinigung und in dieser der Gruppe Barth an. Zu dem letzteren gehört auch Naumann. Man kann nicht sagen, daß sein Weg weiter nach links gegangen sei; er hat sich früher viel eher „proletarisch" und „sozialistisch" gegeben als er es jetzt, als Mitglied einer ausgesprochen bürgerlichen und liberalen Partei tut. Trotzdem werden gerade jetzt gegen ihn und Barth alle Hunde losgelassen, denn da er seine Rolle als Retter vor der Sozialdemokratie ausgespielt hat, sieht man in ihm nur mehr den Helfer der Sozialdemokratie. Als man ihn noch für einen demagogischen Betrüger hielt, der mit radikalem Phrasenleim rote Vögel fangen wollte, war er wohlgefällig; jetzt, da er sich sein bißchen Radikalismus bewahren will, wo doch die Komödie — wäre ihm bloß eine Komödie gewesen — zu Ende sein müßte, ist er der Feind.

Der Verein deutscher Studenten hat kürzlich in bezug auf Naumanns Zugehörigkeit als alter Herr entschieden, daß eine öffentliche Stellungnahme für die Sozialdemokratie mit seinen nationalen Grundsätzen unvereinbar sei. Dieser Beschluß, der noch nicht einmal ein Ausschluß ist, hat in der bürgerlichen Presse mehr Staub aufgewirbelt, als es seiner eigentlichen Bedeutung entspricht. Durch das laute Geschrei herausgefordert, hat der Angegriffene ein politisches Bekenntnis veröffentlicht, in welchem er sich als radikaler Imperialist zu erkennen gibt. Weltpolitisches Hunnentum und demokratische Gesinnung mischen sich seltsam in diesem Kopfe. Naumann glaubt an eine nationale Zukunft Deutschlands, obwohl die Weltgeschichte heute angelsächsisch ist, und obwohl in Deutschland der politische Glauben an die Zukunftsaufgaben der Deutschen ziemlich schwach ist. Aber er ist immerhin klug genug zu erkennen, daß das Gerede von Deutschland, das in der Welt voran ist, albern anmaßliches Geschwätz ist, solange das Hunnentum im Innern regiert, solange wir im Zeichen der schutzzöllnerischen Lebensmittelverteuerung, der Dreiklassenschmach, des Polizeiregiments und der Hungerlöhne stehen. Darum verlangt er den Bruch des bestehenden Zollsystems, die Herstellung voller staatsbürgerlicher Gleichheit auch der arbeitenden Klassen, um schließlich zu erklären:

> In meinen Augen ist der Kampf um Besserstellung der arbeitenden Klassen eine nationale Tat, mag er geführt werden, von wem er wolle, da in der wirtschaftlichen Konkurrenz schließlich das Volk siegt das die qualitativ höchste Arbeiterschaft in sich schließt.

Daß Naumann, durch seine Erklärung, die Arbeit der Sozialdemokratie sei eine nationale Tat, seine Stellung gegenüber dem antisemitischen Studentenverein verbessert habe, ist kaum anzunehmen. In seinen Büchern über Kaisertum und Demokratie und Neudeutsche Wirtschaftspolitik hat er sich freilich ähnlich ausgesprochen; jetzt aber liegt eine kurze Proklamation vor, die seinen politischen Lieblingsgedanken in gedrängter Kürze zusammenfaßt und die nicht verfehlen wird, auf etwas nachdenkliche Köpfe einigen Eindruck zu machen. Das Heiligtum der patriotischen Phrase ist in Gefahr geraten! Wenn der Dummheit und der Niedertracht die „nationale" Decke weggezogen wird, was bleibt ihr übrig, ihre Blöße zu verhüllen? Die Nordd. Allgem. Zeitung bemerkt auch, daß hier ein Versuch gefährlicher Geschäftsstörung vorliegt, und eilt, ihm den Weg zu sperren. Sie schreibt:

> Gewiß ist ihm (Naumann) ohne weiteres der gute Glaube zuzubilligen, das Bewußtsein ein national denkender Mann zu sein . . . Aber dieses Bewußtsein gründet sich doch lediglich auf eine starke Verwirrung objektiver Begriffe, auf die verderbliche Sucht, bestimmten festgeprägten Parteibezeichnungen einen vagen, schillernden, anfaßbar-subjektiven Sinn unterzuschieben, z. B. die Sozialdemokratie mit der deutschen Arbeiterbewegung geradezu zu identifizieren unter Beiseitesetzung z. B. gerade der nationalen und christlichen Gegenbewegung. . . . Naumann sträubt sich nach wie vor die Sozialdemokratie in ihrer konkret-aktuellen Eigenart zu erfassen, er sieht sie durch eine rosa gefärbte Brille an indem er ihre kulturelle Bedeutung überschätzt usw.

Wenn das Blatt der preußischen Regierung die kulturelle Bedeutung der Sozialdemokratie von Naumann nun „überschätzt" findet, so scheint es fast, als ob es auf dem Wege sei, die kulturelle Bedeutung der Sozialdemokratie in der Hauptsache anzuerkennen; das ist eine Unvorsichtigkeit des Ausdrucks, die die Kreuzzeitungsritter und Postmänner in helle Wut versetzen wird. Was aber die Stelle von der „nationalen und christlichen" Gegenbewegung betrifft, so mag Herr Naumann schmerzlich gelächelt haben, als er sie las. Die „nationale und christliche Gegenbewegung" — das war ja er selber, einst im Mai! Und die Männer der „nationalen und christlichen Gegenbewegung," die wird man, wenn auch ihr antisozialdemokratischer Spuk vorbei ist, genau ebenso als ständige Schafe behandeln, wie jetzt ihn! Jetzt erlaubt man ihnen noch, vom Koalitionsrecht der Landarbeiter und von der Notwendigkeit der Wahlrechtsgleichheit zu reden, — der radikale Phrasenleim! —, aber wenn sie keine Beute machen, oder wenn es sich gar herausstellt, daß sie ihre Forderungen, die bloße Leimspindeln sein sollen, selber ernst nehmen, dann wird auch über sie die nationale Acht und der christliche Bann verhängt werden! In diesem dumpfen, versauerten preußisch-deutschen Polizeiland ist bald jeder ein „Vaterlandsfeind," der einen Atemzug aus frischer Luft schöpfen will. Sich in solchem Lande, wie Naumann, gar noch als „Patriot" zu fühlen, ist fürwahr ein schmerzliches Schicksal.

Neue Anklagen Erzbergers.

In einer Versammlung in Düsseldorf erhob der Abgeordnete Erzberger neue Anschuldigungen. Er erklärte, das schlimmste sei, daß ein preußischer Minister am Gewinn bei Tippelskirch beteiligt gewesen sei. 1897 wurde Herr v. Podbielski Staatssekretär und erst 1900 führte er die Gütertrennung durch. Erzberger erklärte, er hätte einen Brief an den Reichskanzler geschrieben. Es handle sich bei den anderen Verträgen noch um ganz andere Summen als bei Tippelskirch. Es müsse eine sofortige Kündigung dieser Verträge verlangt und mit allen Mitteln im nächsten Reichstage herbeigeführt werden. Wenn der Reichstag vielleicht beim Zusammentritt 100 Millionen für Südwestafrika bewilligen solle, so dürfe dies nicht für Tippelskirch und Wörmann geschehen. Die Abgeordneten wären sonst nicht wert, Vertreter des deutschen Volkes zu heißen.

Die Berl. Volkszeitung bemerkt hierzu: Wie Herr Erzberger angedeutet hat, handelt es sich bei den „anderen Verträgen", die dem Reich noch größere Summen kosten sollen als diejenigen mit der Firma Tippelskirch um die mit der Wörmann-Linie abgeschlossenen Uebereinkommen wegen des Transportes der Truppen nach Südwestafrika. Die Tarifsätze, die die Wörmann-Linie dem Reiche in Rechnung stellt, sind um viele Prozente höher als diejenigen Sätze, die sonst berechnet zu werden pflegen. Tatsache ist zum Beispiel, daß Wörmann für den Transport von Waren von Kapstadt bis Swakopmund Preise berechnet, die ungefähr denen entsprechen, die sonst für den Transport von Hamburg bis Brasilien berechnet werden. Neuerdings wird auch behauptet, daß ein Konsortium englischer Reedereifirmen der Reichsregierung ein Angebot gemacht hatte, daß ungefähr um die Hälfte niedriger war als diejenigen Preise, die die Wörmann-Linie verlangt. Auf dieses Angebot aber hat, so heißt es, das Konsortium bisher noch keine Antwort erhalten, obwohl seit dem Eingang des Schreibens Monate ins Land gegangen sind.

Im übrigen ist es ja recht interessant, daß Herr Erzberger noch 100 Millionen für Südwestafrika in Aussicht stellt. Werden diese auch jetzt noch, wie die früheren, vom bewilligungseifrigen Zentrum gewährt werden?

Instruktionsstunde und Debattierklub.

Gegen die Bestrebungen, die Rekruten in der Instruktionsstunde über das Wesen der Sozialdemokratie „aufzuklären", wendet sich der Vorsitzende des konservativen Landesvereins für das Königreich Sachsen, Generalmajor Sachse, in einem Artikel: Armee und Sozialdemokratie, in dem es heißt:

> Wir halten diesen Weg, das sozialdemokratische Gift aus dem Herzen der männlichen Jugend zu entfernen, nicht nur für aussichtslos, ja selbst für gefährlich, sondern auch für unangabar. Aussichtslos, weil wir es für ausgeschlossen erachten, daß der als Sozialdemokrat zur Armee kommende Mann, der in mehrjähriger, ununterbrochener sozialdemokratischen Erziehungsarbeit für die sozialdemokratischen Lehren gewonnen worden ist, durch zeitweilige und gelegentliche Ansprachen von dem Irrtum dieser Leute überzeugt werden könnte. Wer sich diesem Glauben noch hingeben kann, hat kaum eine zutreffende Vorstellung von der Macht der Erziehung in der Masse und durch die Masse. . . Gefährlich könnte aber eine Propaganda gegen die Sozialdemokratie durch die Armee werden, weil den Mannschaften durch die ihnen gewissermaßen dienstlich zu teil werdende Belehrung ein Gesprächs- und Unterhaltungsstoff geboten würde, den die sozialdemokratisch angehauchten, „zielbewußten" Leute schon zu fruktifizieren verstehen würden. . . .

So wird es schlecht, wie immer man's probiert! Ja, der Generalmajor empfindet so etwas wie ein bißchen Angst, daß die „zielbewußten" den Offizieren über sein könnten:

> Ob es ihm (dem Offizier) gelingen würde, auf politischem Gebiete in der gewünschten Richtung mit Erfolg arbeiten zu können, das scheint doch mehr als fraglich. Schon die Beherrschung des überaus schwierigen und umfänglichen Stoffes sich anzueignen . . . würde eine Arbeit sein, die so nebenher nicht zeitetisiert werden könnte. . . . Dazu gehört eine Befähigung, die nur ausnahmsweise angetroffen werden wird; wo sie nicht vorhanden ist, besteht die Gefahr, daß der Instruktor mehr verbaut als aufbaut.

Schließlich erklärt er:

> Durch das bloße Anhören einer anderen Meinung ist noch nie ein Sozialdemokrat belehrt worden. Sollen also die Instruktionsstunden in der Kaserne zu Debattierklubs werden? Das wäre jedenfalls neu und stände in schreiendstem Widerspruch mit dem ganzen System militärischer Disziplin.

Die Ausführungen Sachses beruhen offenbar auf der Erfahrung, daß alle Versuche, die Mannschaften durch den Herrn Hauptmann politisch instruieren zu lassen, soweit sie in die Oeffentlichkeit gedrungen sind, immer nur stürmische Heiterkeit hervorgerufen haben. Es ist eben leichter, dafür zu sorgen, daß Knöpfe und Schuhzeug blank sind, als etwa dafür, daß sich die Gehirne unter der Soldatenmütze in vorschriftsmäßigem Zustande befinden. Es geht nicht so, und anders geht es auch nicht. Und eines Tages ist das große Malheur fertig, man weiß gar nicht wie!

Die reiche Armelieferantin und die hohen Herren.

Wir lesen im Bochumer Volksblatt:

> Vor einigen Tagen kam die **Frau Krupp** bei Gelegenheit eines Besuchs der Kolonie Altenhof in das Häuschen eines Pensionärs. Es entspann sich dann zwischen der Frau Krupp und der Frau des Pensionärs, nachdem man über das Wetter geplaudert hatte, folgendes Zwiegespräch:
>
> Pensionärsfrau: Frau Krupp, was sind sie aber doch reich!
>
> Frau Krupp: Denken Sie es wäre denn so gewaltig, wie man annimmt?
>
> Pensionärsfrau: O ja! Sie haben doch soviel Einkünfte.
>
> Frau Krupp: Liebe Frau, der beste Brunnen läßt sich ausschöpfen, wenn hohe Herren kommen und schöpfen.

Ordenssegen bei der Firma Krupp. Offiziös wird gemeldet: Der Kaiser verlieh dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Firma Krupp, Geheimen Kommerzienrat Hartmann, den Roten Adlerorden dritter Klasse; dem Vorsitzenden des Direktoriums, Landrat a. D. Roetger, den Roten Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife; dem stellvertretenden Vorsitzenden des Direktoriums, Finanzrat Kluepfel, den Kronenorden zweiter Klasse; dem früheren Mitgliede des Direktoriums Menshausen den Kronenorden zweiter Klasse; dem Direktor Dräger den Roten Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife und der königlichen Krone; den Direktoren Ehrenfeld, Budde und Gillhausen den Kronenorden dritter Klasse; dem Beigeordneten der Stadt Essen, Werth, den Roten Adlerorden vierter Klasse. Zahlreiche Beamte und Angestellte der Firma erhielten Orden und Ehrenzeichen. Der Kaiser hat in einem Schreiben das Direktorium beauftragt, der Arbeiterschaft der Kruppschen Werke und Anlagen seinen besonderen Dank für deren mannigfach bekundete treue Gesinnung auszusprechen.

Warum Herr von Podbielski ein dickes Fell hat. Der Berliner Lokal-Anzeiger schreibt: „Es hat vielfach Verwunderung erregt, daß der jetzige Landwirtschaftsminister von Podbielski bei Gelegenheit seines Uebertritts aus dem militärischen Ruhestand in den Reichsdienst seine Beziehungen zur Firma Tippelskirch u. Komp. zunächst nicht gelöst und später seinen Anteil nur auf seine Frau übertragen hat. Aus Kreisen, die dem Landwirtschaftsminister nahestehen, wird uns versichert, daß Herr v. Podbielski bei Uebernahme des Postens eines Staatssekretärs des Reichspostamtes seine Verbindung mit der Firma Tippelskirch u. Ko. **an der allein hierfür zuständigen Stelle** sofort zur Sprache gebracht und darauf eine Antwort erhalten hat, die ihn nicht darüber in Zweifel ließ, daß **jene Stelle diese Beziehungen in keiner Weise als ein Hindernis** für die Uebernahme des angebotenen Postens ansehe."

Das heißt auf deutsch, der Kaiser hat an der Geschäftsverbindung Podbielskis mit Tippelskirch nichts auszusetzen gehabt.

Eine Beschlagnahme der Bücher der Firma Tippelskirch durch den Wrkl. Geh. Kriegsrat Selle und den Kriminalkommissar Schnellhaas hat nach dem Berl. Tagebl. am Donnerstag im Verfolg der Kolonialskandale stattgefunden. Drei gerichtlich vereidigte Bücherrevisoren waren ebenfalls zu dem Akt hinzugezogen worden.

Ueber den früheren Leiter des Kolonialamtes, den Kolonialdirektor Stübel, weiß die Freisinnige Zeitung folgendes zu erzählen:

> Was von der direktorialen Tätigkeit Stübels bekannt geworden ist, spricht nicht dafür, daß dieser Herr sich um die ihm obliegenden Aufgaben viel gekümmert hat. Es wäre sehr interessant, wenn jetzt einmal festgestellt würde, wie viele amtliche Schriftstücke denn eigentlich von Dr. Stübel selbst erledigt worden sind, wie viele von seinen Geheimräten. Auf den Herrn Direktor würde dabei nur ein überraschend geringer Bruchteil kommen. Wie wenig Dr. Stübel sich um sein Amt kümmerte, geht schon daraus hervor, daß es Beamte gab, die lange Zeit in der Kolonialabteilung tätig waren, ohne ihren Direktor jemals in den Diensträumen zu Gesicht zu bekommen.

Für diese Nichttätigkeit hat dann Herr Stübel aber nichtsdestoweniger ein sehr hohes Gehalt verschluckt — aus den Taschen der deutschen Steuerzahler.

Die Untersuchung gegen Jesko von Puttkamer wird bekanntlich dadurch sehr in die Länge gezogen, daß der Untersuchungsrichter, Kammergerichtsrat Strubler, nach Kamerun reist, um an Ort und Stelle Untersuchungen anzustellen. Der Vorwärts weist im Anschluß hieran darauf hin, daß durch diese Kameruntahrt des Untersuchungsrichters dem Reiche auch nicht unerhebliche Kosten erwachsen werden. Diese Ausgaben hätten nun dadurch sehr einfach kompensiert werden, daß man Jesko einstweilen vom Amte suspendiert hätte, wie das ja bei ähnlichen Disziplinarverfahren wiederholt der Fall gewesen ist. Statt der 2500 Mark, die Puttkamer monatlich erhält, wäre ihm dann nur die Hälfte seines pensionsfähigen Einkommens gezahlt worden. Freilich wäre das Jesko nicht sehr angenehm gewesen. Hat dieser Herr sich doch trotz seines Jahresgehaltes von 30 000 Mark kurz nach seiner Ankunft in Berlin einen Vorschuß von mehreren tausend Mark zu nehmen gezwungen gesehen! Aber darauf hätte man doch wohl zuletzt Rücksicht zu nehmen brauchen!

Vom Kampfe gegen die Polen. Ein neuer polnischer Geheimbundprozeß wird oberschlesischen Blättern zufolge demnächst die Beuthener Strafkammer beschäftigen. Eine große Anzahl Schoppinitzer und Rosbziner Bürger polnischer Zunge, die unter dem Deckmantel des Sokolvereins polnische Politik getrieben haben sollen, sind in dieses Verfahren verwickelt.

Blutige Folgen der preußischen Polenpolitik. In einem oberschlesischen Industriedorfe Pschow erschoß dieser Tage ein 62jähriger Berginvalide Grusczq zunächst einen Gendarmen und dann sich selbst. Die direkte Ursache dieses furchtbaren Verbrechens war aber die preußische Ausnahme-Gesetzgebung gegen die Polen. Der alte Invalide der Arbeit hatte seine Ersparnisse dazu verwendet, sich von der polnischen Parzellierungsbank ein Stück Land zu kaufen, auf dem er sich ein Häuschen erbauen wollte. Der Mann hatte aber das Unglück, polnischer Nationalität zu sein und so wurde ihm, dem preußischen Bürger, auf Grund des neuen Ansiedlungsgesetzes verboten, sich im preußischen Vaterlande auf seinem eigenen Grund und Boden ein Heim zu errichten. Der Arme war auf das schwerste getroffen von dieser sinnlosen grausamen Maßnahme, und er suchte sie zu umgehen, indem er auf dem Grundstück nun eine Scheuer baute, diese aber unterkellerte, auch einen Ofen baute und nun mit seiner Lebensgefährtin in dieser „Wohnung" hauste.

Das konnte sich die also frech verhöhnte „Autorität des Gesetzes" natürlich nicht bieten lassen und der alte Mann erhielt von der Polizei die Aufforderung, die Wohnung zu räumen und den Ofen wegreißen zu lassen. Er gehorchte nicht — was sollte er auch anfangen, wohin sich wenden, wenn er sein Land nicht zum Bewohnen benutzen durfte? — und so erschien eines Tages ein Gendarm, der sich den Maurer gleich mitgebracht hatte, und ging daran, den Ofen demolieren zu lassen. Die Aufforderung des furchtbar aufgeregten, in seinem natürlichen Rechtsgefühl und anerzogenen Eigentumsbegriffen tief verletzten Mannes, sein Grundstück zu verlassen, beachtete der Beamte im Gefühle seiner Macht nicht und nun holte Grusczq sein Gewehr und schoß den von ihm abgewandten, die Arbeit des Ofendemolierens kontrollierenden Gendarmen nieder, ging dann in den Wald und jagte sich selbst eine Kugel ins Herz.

Die bürgerliche Presse wird mit wenigen Ausnahmen der Entrüstung voll sein über den „Verbrecher", der so den Staat und seine Gesetze in einem ihrer berufenen Vertreter angriff. Wir aber suchen den Schuldigen nicht in jenen armen, gepeinigten Proletarier, der sich verzweiflungsvoll auflehnte gegen ein Gesetz, das ihn grausam seines natürlichen Rechts beraubte, sondern in jener ungerechten, empörenden Politik der Gewalt, die solche Ausnahme-Gesetzgebung gegen Angehörige des preußischen Staates schaffen konnte. —

Der Kölner Polizeimord. Unserem Kölner Parteiblatte wird in bezug auf die Bluttat in Bickendorf-Köln von der Polizeibehörde mitgeteilt, daß die von dem Schutzmann Weis getragene Schußwaffe kein Dienstrevolver sondern das Privateigentum des Weis gewesen ist. Die Kölner Schutzleute seien auch in den Vororten nicht mit Revolvern ausgerüstet. Das Polizeipräsidium bittet alle Zeugen, die zur Aufklärung des Vorganges Bekundungen machen können, sich bei dem Polizeikommissariat oder bei der Staatsanwaltschaft zu melden.

Wieder ein „geborener Gesetzgeber". In das Herrenhaus berufen ist durch allerhöchsten Erlaß vom 24. v. M. der Majoratsbesitzer, Burggraf von Marienburg, Graf v. Brünneck-Bellschwitz zu Bellschwitz, auf Präsentation des Grafenverbandes der Provinzen Ost- und Westpreußen an Stelle des am 28. Dezember 1905 verstorbenen Grafen Finck v. Finckenstein-Jäskendorf.

Ein Soldatenschinder. Das Kriegsgericht in Düsseldorf verurteilte den Unteroffizier Lichtenfeld von der 10. Kompagnie des 16. Infanterieregiments zu Mülheim (Rhein) wegen fortgesetzter Mißhandlung Untergebener zu 2½ Monaten Gefängnis.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219060814-14/fragment/page=0002

Fördermaschinen — Mördermaschinen! Am Freitag in Bochum, am Sonnabend in Kattowitz! In Bochum verlor der Maschinist die Gewalt über einen niedergehenden Korb; er prallte mit seinen 27 Insassen an den Boden der dritten Sohle und stürzte in den Sumpf, aus dem man elf von den Siebenundzwanzig mit zerbrochenen Knochen herausholte. — In der Renardgrube in Sielce bei Kattowitz riß die Winde: 14 Bergleute stürzten in den Schacht und waren auf der Stelle tot!

Sollte unsere hochausgebildete Technik, die den Wohlhabenden den feinsten Luxus ermöglicht, nicht imstande sein, Bergarbeiter auf dem Wege zu ihrem schweren und gefährlichen Beruf vor den Gefahren reißender Winden und versagender Mechanismen zu schützen? Die Herstellung von nahezu gefahrlosen Förderanlagen ist keineswegs ein unlösbares Problem! Aber wie sagte doch der Sachverständige im „Borussia"-Prozeß, Bergwerksdirektor Raudebrock:

Man will doch nicht nur Unfälle verhüten. Man will doch schließlich auch Kohlen fördern! Wer die Unfälle im Bergbau verhüten will, der muß den Bergbau überhaupt verbieten.

Da solche Ansichten herrschend sind, ist es kein Wunder, daß auch in der Statistik des Bergmanntodes Preußen in der Welt voran steht!

Ein Ungehangener stößt im Tag folgenden Schmerzensschrei aus:

Warum baumeln nicht längst die 150 aufrührerischen Mannschaften des Pamjat Asowa ausnahmslos an den Wällen des blutig wiedererkämpften Sveaborg? Dieses abschreckende Beispiel wäre sicherlich von Wirkung und hielte von der Nachahmung ab.

Diese blutdürstige Aeußerung stammt natürlich von keinem Russen, sondern von einem deutschen Adeligen, nämlich von jenem Graf Richard von Pfeil, der den Breslauer Handabhacker belobigte und der einst als „militärischer Sachverständiger" Scherls geschrieben hatte:

Port Arthur wird sich halten und Oyama wird von Kuropatkin bei Mukden geschlagen werden. Das ist meine feste Ueberzeugung.

Damals war der Wunsch der Vater des Gedankens, heute ist die blutdürstige Junkergesinnung die Mutter des Wunsches. Aber auch diesmal könnte sich Graf Pfeil verrechnet haben.

Ausland.

Oestreich. Zwei Jahre Kerker für Tagebuch-Aufzeichnungen. Ueber die schon kurz gemeldete Verurteilung eines Soldaten wegen Majestätsbeleidigung usw. auf Grund von Tagebuch-Aufzeichnungen schreibt die Wiener Arb.-Zeitung: Vor einigen Monaten wurden bei dem im zweiten Bataillon des 37. Infanterie-Regiments dienenden Infanteristen Wenzel Horak Tagebuchaufzeichnungen gefunden, in denen die Militärbehörde das Verbrechen der Majestätsbeleidigung und der Aufwiegelung erblickte. Horak wurde damals in den Budweiser Garnisonsarrest transportiert. Vor einigen Tagen hat nunmehr die kriegsgerichtliche Verhandlung gegen Horak stattgefunden. Er wurde für schuldig erkannt und zu zwei Jahren Kerker verurteilt. Das Urteil hat bereits die Genehmigung des Obersten Militärgerichtshofes erlangt. Horak wird zur Abbüßung seiner Strafe nach Königgrätz transportiert werden.

Unser östreichisches Bruderblatt bemerkt zu der ungeheuerlichen Meldung: Wenn sich diese Meldung bewahrheitet, dann haben wir Oestreicher keinen Grund mehr, die Bluturteile deutscher Militär- und Zivilgerichte aufzuspießen. Ein schlimmeres Urteil als dieses ist in Deutschland schon lange nicht gefällt worden. Zwei Jahre Kerker für Tagebuchaufzeichnungen, für Meinungen, Urteile, Gedanken, die der Vorsichtige keinem Menschen, sondern sich selbst eigentlich anvertraut hat — das ist so ungeheuerlich, daß die Richter noch werden Rede und Antwort stehen müssen. Ist es so, wie die Depesche besagt, dann ist ein schlimmes Verbrechen geschehen, aber nicht der Soldat hat es begangen, sondern seine Richter.

Italien. Die besten Staatsstützen wanken. In Mailand hielten am Freitag die Karabinieri zahlreiche Versammlungen ab, in denen die Eventualität eines sofortigen allgemeinen Ausstandes erwogen wurde. Schließlich wurde beschlossen, dem Minister des Innern ein Memorandum zu überreichen, in dem die von den Karabinieri beanspruchten Abänderungen und Reformen der dienstlichen Vorschriften aufgeführt sind.

Und aus Rom kommt vom selbigen Tage die Nachricht: Die Gefängnisaufseher hielten gestern eine Versammlung ab, in welcher sie gegen das Heiratsverbot Einspruch erhoben.

Amerika. Polizistenrevolte in Brasilien. Aus Rio de Janeiro wird gemeldet: Die städtische Polizei meuterte und griff das Regierungsgebäude an. — Recht schnurrig klingt es, wenn es in der Meldung weiter heißt: In amtlichen Kreisen wird dem Vorgange „keine besondere Bedeutung" beigelegt.

Asien. Eine Verfassung in Persien. In Persien hat es seit langem schon, wie vor einigen Jahren das Attentat der Babi-Sekte auf den Schah zeigte, heftig gegärt. Die Forderungen dieser persischen Reformer liefen auf eine Konstitution hinaus. Diese Gärung ist neuerdings besonders heftig geworden. Genauere Nachrichten über die Vorgänge fehlen, doch dürfen wir annehmen, daß größere Volksbewegungen und grausame Unterdrückungsversuche stattgefunden haben, da vor einigen Tagen die Meldung eintraf, daß eine größere Schar von Flüchtlingen in der englischen Botschaft Schutz gesucht habe und dort aufgenommen worden sei.

Jetzt wird nun gemeldet, daß der Schah, in Ausführung seines Versprechens, zur Einführung konstitutioneller Zustände in Persien ein Parlament einberufen hat, bestehend aus folgenden Gruppen: den Prinzen des kaiserlichen Hauses, der Geistlichkeit, dem Adel, der Kaufmannschaft, den Industriellen und einer Gruppe der breiten Schichten der Bevölkerung. Das Parlament beschließt in eigenem Wirkungskreis seine Geschäftsordnung. Alle Beschlüsse des Parlaments gelangen durch den Großvezier an den Schah, welcher sich vorbehält, die den Beschlüssen entsprechenden Gesetze zu veröffentlichen.

Ein Telegramm aus Teheran besagt noch: Der Schah bewilligte endgültig die Forderungen des Volkes. Die Flüchtlinge, die auf der englischen Gesandtschaft Schutz suchten, haben, ausgenommen 200, die persönliche Forderungen haben, die Gesandtschaft verlassen. Die Priester, die aus Teheran flohen, kehren zurück.

Ob die Verfassung Bestand haben wird, bleibt abzuwarten. Viel Wert hat sie zunächst nicht, da letzten Endes ja doch wieder alles in das Belieben des Schahs gestellt wird.

Zur Revolution in Rußland.

Wie man die Arbeiter ködern will. Die Regierung versucht, die Arbeiterschaft von der revolutionären Partei loszulösen, sie durch allerlei Versprechungen materieller Verbesserungen zu korrumpieren. So will der russische Finanzminister Kokowzew eine gesetzliche Arbeitslosenversicherung schaffen, der Minister Stolypin will gestatten, daß Arbeiterorganisationen ins Leben gerufen werden usw. Wie diese Annäherungsversuche der russischen Regierung an die Arbeiterschaft angestrebt werden, illustriert die nachfolgende Unterhaltung zwischen einem höheren Polizeibeamten und einem „gemäßigten" Arbeiterführer: „Der Zar hat befohlen, die größtmögliche Erfüllung der berechtigten Wünsche der Arbeiter in Erwägung zu ziehen. Welche sind es Ihrer Meinung nach?" Die Arbeiter wünschen zunächst, daß man sie ebenso als Menschen betrachtet wie alle anderen. „Gut! Aber das sind doch nur Worte. Wollen Sie sich nicht bestimmter äußern?" Wir wünschen, daß man die Arbeiter wie die Menschen anderer Klassen behandelt, deshalb muß man erstens ihre ökonomische Lage heben, dann ihnen Zeit und das Recht geben, über ihre Angelegenheiten ungestört zu beraten! „Sie verlangen also freie Zusammenkünfte?" Jawohl! „Was wollen Sie noch?" Freiheit der Presse! „Freiheit der Presse?! Wozu brauchen denn die Arbeiter die Freiheit der Presse?" Um die Wahrheit sagen zu können. Der Arbeitgeber begeht jetzt allerhand Ungerechtigkeiten, übt einen Druck auf seine Arbeiter aus usw.; nur beim Vorhandensein einer völlig freien Presse kann man solches Treiben entlarven und die Wahrheit an den Tag bringen! „Hm, Freiheit der Presse. Aber das ist doch eine Forderung der Sozialdemokratie?" Dessenungeachtet wünschen wir es auch! „Nun, und die Selbstherrschaft? Stört diese die Verwirklichung Eurer Pläne?" Die Selbstherrschaft stört nicht, sie war doch auch nicht die Veranlassung zu den meisten Streiks! Wie denkt man in Euren Kreisen darüber, daß die Arbeiterwünsche am rationellsten zu erlangen sind!" Die Arbeiter wollen, daß man die aus ihrer Mitte frei gewählten Vertreter stets anhört und die durchaus gerechten Forderungen baldigst erfüllt. Nur in solchem Falle und wenn die Regierung weitere zweckdienliche Maßnahmen trifft, ohne jedoch zu Repressalien zu greifen, kann das unabwendbare Unheil verhütet werden.

Die Aeußerungen dieses „gemäßigten" Arbeiterführers lassen erkennen, daß es der zarischen Regierung verteufelt schwer fallen wird, die Wünsche selbst der gemäßigten Arbeiter zu erfüllen. Es hat denmach wohl gute Weile mit dem Einfangen der Arbeiterschaft für diese Regierung. Und die Sozialdemokratie ist auch noch da.

Konferenz der Sozialrevolutionäre. Trotz der Verfolgungen seitens der Polizei ist es dem Komitee der russischen Sozialrevolutionäre soeben gelungen, in Petersburg eine Konferenz zu veranstalten, an der auch Vertreter des Eisenbahnerverbandes und des Bauernbundes teilnahmen. Es wurde ein neuer Plan ausgearbeitet und die von dem Zentral-Komitee vorgeschriebene neue Taktik eingehend erörtert.

Gegen die Intelligenz. Das Lokal des Petersburger Buchhalter- sowie des Ingenieur-Vereins wurden nach erfolgter Haussuchung und Beschlagnahmung sämtlicher Schriftstücke polizeilich geschlossen und versiegelt.

Kein Amt den Juden. Der Stadthauptmann in Odessa hat die Stadtverwaltung vertraulich aufgefordert, künftig keine Juden im Stadtdienst aufzunehmen. Von der Ausschließung werden auch Aerzte, Rechtsbeistände, Ingenieure und Techniker betroffen. Die Aufforderung ist auf eine ministerielle Zirkularverfügung aus Petersburg zurückzuführen.

Neue Todesurteile. Das Kriegsgericht zu Sweaborg verurteilte die beiden Führer beim letzten Aufstand, Leutnants Kahenski und Emilianow, zum Tode des Erschießens, den dritten Führer, Kapitän Zyon, zur sofortigen Dienstentlassung.

Die Agrarunruhen in den Gouvernements Poltowa und Wladimir nehmen, wie amtlich bestätigt wird, bedenklichen Umfang an. Das Gut des Grafen Uwarow wurde zerstört. — Die Meldungen über die herrschende „Ruhe" waren also überflüssig.

Generalstreik in Reval. Am Sonnabend wurde in Reval der Generalausstand sämtlicher Arbeiter proklamiert.

Gewerkschaftliches.

Verbandstag der Fabrikarbeiter. Am Sonnabend, dem letzten Verhandlungstage, wurden zur Maifeier einige Anträge angenommen. Nach dem Hamburger Antrage ist es den Zahlstellen zur Pflicht gemacht worden, für die Arbeitsruhe am 1. Mai unter folgenden Grundsätzen einzutreten: In Fabriken, in welchen nach Art und Natur derselben eine andere Organisation Hauptfaktor ist, haben sich unsere dort als Hilfsarbeiter tätigen Kollegen den Beschlüssen der betreffenden Organisation zu fügen. In Betrieben, wo die Fabrikarbeiter ausschlaggebend sind, müssen mindestens $^2/_3$ ein Vierteljahr organisiert sein und mit $^4/_5$ Majorität beschließen, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen. Werden die Kollegen eventuell ausgesperrt, so findet der § 12 des Streik-Reglements auf sie Anwendung. Ferner wurde der Antrag Leipzig angenommen, daß, wenn die in einem Betriebe (seit drei Monaten) organisierten Kollegen beschließen wollen, die Arbeit am ersten Mai ruhen zu lassen, so ist vierzehn Tage vorher die Ortsverwaltung davon in Kenntnis zu setzen. — Von den allgemeinen Anträgen sind folgende besonders erwähnenswerte Anträge angenommen worden. Konferenz des Gaues 6: Die Statuten sind auch in italienischer Sprache herzustellen und für die italienischen Arbeiter ist ein Agitationsflugblatt herauszugeben.

In den Vorstand werden gewählt: Brey als erster, Jack als zweiter Vorsitzender, Bruns als erster und Niemeier als zweiter Kassierer. Als Sekretäre Lemenzow, Schneider und Graßmann. Der Vorstand wird um zwei besoldete Personen vermehrt und dementsprechend auch um unbesoldete Mitglieder. Ferner sollen im Verbandsorgan Der Proletarier ausgeschrieben werden: der Posten eines Redakteurs, eines Agitationsleiters für die Ziegler und eines Gauleiters für Schlesien.

Der nächste Verbandstag wird in München stattfinden. Das neue Statut tritt am 1. Oktober 1906 in Kraft. Hannover bleibt Sitz des Verbandes.

Aus dem Reiche.

Berlin. Beim Spielen mit einem Revolver kürzlich der 14jährige Sohn des Gemüsehändlers Siebschlacht tödlich getroffen zusammen. Eine Kugel war ihm in den Kopf geschossen.

— Seinen Vater erstochen. Der auf Urlaub befindliche Sohn des Viehtreibers Link vom 35. Infanterie-Regiment erstach in der Notwehr seinen angetrunkenen Vater, als er bei einem Streite zwischen den Eltern vermittelnd eintrat.

Pyritz (Pommern). Reichstagsabgeordneter Kröfell mit der Reitpeitsche. Vor dem Schöffengericht stand der Schlosser Reinke unter der Beschuldigung, in der Nacht zum 30. April in Bezug nicht mit dem antisemitischen Reichstagsabgeordneten Kröfell und anderen Personen groben Unfug verübt zu haben. Sie hatten unter Schimpfworten den Handwagenstiel Stahl verfolgt. Stahl hatte das Dienstmädchen des Reichstagsabgeordneten Kröfell vom Theater nach Hause gebracht und war dann von Kröfell mit der Reitpeitsche verfolgt worden, wofür sich auch der Angeklagte beteiligte. Da Stahl jedoch bestimmte Angaben nicht machen konnte, ob er auch von Reinke verfolgt worden ist, erfolgte dessen Freisprechung.

Lübeck. Selbstmord eines Redakteurs. Der Redakteur Paul Günther erschoß sich aus Gram über den Tod seiner Mutter.

Lüneburg. Typhus-Epidemie. Seit kurzem tritt der Typhus epidemisch auf. Zwölf Personen wurden bereits dem Krankenhause zugeführt, eine ist gestorben.

Hannover. Autler-Frechheit. Wie hoch mancher Autler die gesunden Glieder einer Mitmenschen einschätzt, lehrte eine Verhandlung vor der Strafkammer. Ein Automobil, in dem sich außer dem Chauffeur als Mitfahrer der Leutnant a. D. Wallot und der Kaufmann Krüger befanden, hatte einen Radfahrer und ein kleines Mädchen überfahren. Beide wurden glücklicherweise nicht schwer verletzt, mußten indessen bis zu ihrer Wiederherstellung drei Wochen das Bett hüten. Keiner der Insassen des Automobils hat es der Mühe wert erachtet, bei dem Unglück auszusteigen und den Opfern Hilfe zu leisten. In der Verhandlung gegen den Chauffeur wegen fahrlässiger Körperverletzung brachte es der Leutnant a. D. sogar fertig, gegenüber dem Vorsitzenden, der in bezug auf den Unfall das Wort Unglück gebrauchte, lachend zu äußern: „Wenn man das ein Unglück nennen kann!", wofür er vom Vorsitzenden verdienstmäßen recht kräftig zurechtgewiesen wurde. Der Chauffeur erhielt eine Geldstrafe von 250 Mark.

Frankfurt a. M. Die bemauste Polizei. Nicht einmal die Polizeibehörde ist mehr vor ihnen sicher. So ist am Donnerstag nachmittag ein Einbruch in die im dritten Stock belegenen Bureaus des Polizeipräsidiums in der Katonnstraße verübt worden, bei dem die Täter zirka 15 Mark erbeuteten. Bemerkenswert ist noch, daß sich im Parterre des Gebäudes das 1. Polizeirevier befindet. Man sollte nunmehr die Wach- und Schließgesellschaft mit der Beschützung der Polizei betrauen.

Seligenstadt. Kein Lustmord. Vor einigen Tagen (Nr. 185 d. Volksbl.) wurde gemeldet, daß in einem nahen Walde die Leiche der 13jährigen Tochter des Zigarrenfabrikanten Weiß aufgefunden wurde und daß angeblich ein Lustmord vorliege. Letzteres ist nicht der Fall. Die Sezierung hat ergeben, daß die Geschlechtsteile vollständig unverletzt sind. In der bürgerlichen Presse wird nun behauptet, daß der eigne Vater der Mörder sei und zwar wird diese schon von der Behörde dementierte Nachricht deshalb verbreitet, weil Weiß zu den Sozialdemokraten zählt. Weiß hat sein Alibi vollständig nachweisen können und ist bereits nach kurzer Zeit wieder aus der Haft entlassen worden. Trotzdem diese Tatsache auch der bürgerlichen Presse bekannt war, hat ein Teil derselben die Nachricht noch nicht gebracht. Es handelt sich ja auch um einen Sozialdemokraten und dessen Ehre kann man ja mit Füßen treten.

Bamberg. Im Steinbruch verschüttet. In Schwarzenbach am Wald erfolgte in einem Steinbruch ein Erdsturz, drei Steinbrucharbeiter, die Schutz vor dem Unwetter suchten, wurden getötet und schrecklich verstümmelt. Zwei von ihnen sind Familienväter.

München. Zusammenstoß zwischen Auto und Eber. Bei einer Motorradfahrt durch den Forstenrieder Park kollidierte der Privaldozent Dr. Tromsdorff mit einem Eber und erlitt bei dem Sturze in den Straßengraben schwere Verletzungen.

Vermischtes.

* **Vom Landarbeiter-Elend.** Vier ungarische Arbeiter wurden am Donnerstag in der Umgebung von Königs-Wusterhausen aufgegriffen. Sie waren vollständig ausgehungert und besaßen keinen Pfennig Geld. Nach den Angaben der Leute sind sie von einem Agenten bis zur deutschen Grenze und von dort durch einen anderen nach Halle befördert worden. Hier hat man ihnen die Papiere abgenommen und nach Berlin gesandt. Dort sollten sie erwartet werden, aber dies geschah nicht. Nach stundenlangem Warten irrten sie dann in der Nacht in Berlin herum. Die Unglücklichen sollen nun „per Schub" nach Ungarn zurückbefördert werden. Erst werden diese Leute nach Deutschland gelockt, um als billige und willige Arbeitstiere zu fungieren. Braucht man sie aber nicht, dann läßt man sie hungernd wieder nach der Heimat abschieben. Das ist die Moral unserer Junker und ihrer Helfershelfer.

* **Ein heftiges Erdbeben** wurde am Sonnabend vormittag in San Remo verspürt. Es dauerte zwei Sekunden und rief große Erregung unter der Bevölkerung hervor. Weniger heftige Erdstöße wurden auch aus Bordighera und Coldi Rodi angezeigt.

Briefkasten der Redaktion.

R 2. Beiderseitige Geburtsurkunden und Nachweis über beiderseitigen Aufenthalt während der sechs letzten Monate. Natürlich müssen sie beide mündig sein, sonst gehört auch noch die Einwilligung der Eltern oder des Vormundes dazu.

Letzte Nachrichten.

Bochum, 13. August. Der alte Bergarbeiterverband hatte gestern an mehreren Orten des Ruhrreviers Versammlungen anberaumt, in denen das Thema lautete: „Das Urteil im Borussiaprozeß und wo sind die wirklich Schuldigen?" Die in Essen-W. stattgehabte Versammlung, in der der Reichstagsabgeordnete für Bochum, Genosse Hue, referierte, nahm eine Resolution an, die dagegen protestierte, daß Arbeiter als öffentlich Schuldige oder Mitschuldige an dem Tode der 39 Bergleute bezeichnet würden. Um volle Klarheit über die Zustände auf der Grube Borussia zu schaffen, fordert die Versammlung die Staatsanwaltschaft auf, gegen die Bergarbeiter-Zeitung oder gegen Hue wegen der Anklagerede Klage zu erheben; dann könnten die Borussiageheimnisse voll aufgedeckt werden.

Konstantinopel, 13. August. Amtlich wird aus Trapezunt gemeldet, daß dort sechs Pestfälle konstatiert wurden, von denen einer einen tödlichen Ausgang nahm.

Quittung.

Für Unterstützung russischer Parteigenossen, durch Albert Conrad, Beeren, auf Liste Nr. 1, 9.75 Mk.

Verantwortlicher Redakteur: A. Molkenbuhr in Halle.

Kufeke's Kindermehl
hervorragend bewährt bei Darmkatarrh, Diarrhoe, Brechdurchfall etc.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190608 14/fragment/page=0003

Apollo-Theater
Direktion: Gustav Poller.
Nur noch wenige Tage!
Gastspiel des „Metropol-Ensembles“, Direktion Max Samst:
Der Mann mit der eisernen Maske
oder
Die Geheimnisse eines Königshauses.
Gr. Sensationsstück in 7 Bildern von Lebrun.
Allabendlich: Sensations-Erfolg!

Neue Heringe
pro Stck. 5, 8 u. 2 Stck. 15 Pf. offeriert
A. Trautwein,
Große Ulrichstraße 31.

3—4 Mk. verdienen Sie, falls Sie sich jetzt in der stillen Zeit bei mir einen Anzug od. Paletot machen lassen. Empfehle Anzüge nach Maß, gut u. dauerhaft verarbeitet, von 35 M. an, ebenso Winterpaletots von 40 M. an, für Burschen billiger.
Preise streng reell. Tadell. Sitz.
Otto Helmsath,
Schneidermeister, Steg 19.

Soeben erschienen:
Süddeutscher
Postillon
Nr. 17.
Preis 10 Pfg.
Zu beziehen durch alle Austräger und die
Volksbuchhandlung,
Harz 42/43.

Damen
erhalten herrlichen Teint, wunderschöne Haut, ein Gesicht ohne Sommersprossen, Mitesser durch „Zartin“.
— à Karton 30 Pfg. —
Zentral-Drogerie, Am Hallmarkt.
Fernruf 3061.

Hausarbeiterinnen
werden fortwährend angenommen.
Laessig & Co., Königstr. 70.

Erwiderung.

Die in verschiedenen Zeitungen aufgestellte Behauptung, dass die rühmlichst bekannte

Bilz-Brause

alkoholhaltig sei, ist eine auf

Konkurrenzneid und Unkenntnis basierende Verleumdung,

für welche die Verleumder zur Rechenschaft gezogen werden.

Bilz-Brause ist alkoholfrei

(im Sinne der Beschlüsse des Nahrungsmittel-Kongresses vom 21. Nov. 1904 zu Frankfurt a. M.) nach dem Gutachten der

amtlichen Chemiker und Sachverständigen:

Dr. Jeserich, Berlin.
Dr. S. Küttner & Ch. Ulrich, Leipzig.
Dr. E. Luhmann, Halle a. S.
Dr. Emil Komoll, Magdeburg.
Dr. Otto Kayser, Dortmund.
Dr. W. Lohmann, Berlin.

Danach richtet sich das Vorgehen des „Vereins der Mineralwasserfabrikanten von Halle a. S. und Umgegend“ von selbst.

Der Alleinvertrieb von Bilz' alkoholfreien Getränken für **Halle u. Umgegend** liegt ausschliesslich in Händen der Firma

Ihde & Richter, Halle-Giebichenstein.
Fernruf 2262.

Die Generalvertreter für Provinz Sachsen und Anhalt:
Dr. E. Komoll & Co., Magdeburg.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle (Süd, Steinweg 2), 11. August.

Aufgeboten: Schirrmann Thielecke und Marie Holzweissig (Sagisdorferstraße 8 und Deltischerstr. 11). Bäckermeister Amthor und Anna Andreß (Berlin).

Eheschließungen: Arbeiter Butzmann u. Lina Wiesener (Saalberg 10 und Saalberg 22). Schmied Biedermann und Berta Bohne (Mühlgasse 3 und Ramsin). Schaffner Busch und Frida Schmidtchen (Kuttelhof 11 und Bernburg). Dreher Lehmann und Agnes Naumann (Streiberstraße 18 u. Pfännerhöhe 54). Bäcker Beiske und Anna Linke (Kleine Brauhausstr. 3). Schneider Schmelzer und Minna Birnschein (Unterplan 7 und Bäckerstraße 6). Maler von Spiegel und Anna Hanke (Magdeburgerstraße 41 und Pfännerhöhe 8). Zigarrenmacher Schmidt und Alma Heidland (Giebenauerstr. 17 und Giebenauerstr. 162). Kaufmann Klemm und Elisabeth Waldmann (Leipzig u. Sophienstr. 1). Arbeiter Balaczek u. Anna Rohowski (Alter Markt 16). Arbeiter Bergmann und Emilie Bodenstein (Turmstr. 156). Arbeiter Althaus u. Elisabeth Hamann (Benkendorf und Langestraße 4).

Geboren: Schmied Richter T. (Lindenstraße 75). Kaufmann Bertram T. (Meckelstraße 12). Postassistent Koch T. (Krondorferstraße 11). Buffettier Später T. (Jakobstraße 26). Kaufmann Krumpe S. (Giebenauerstr. 18). Arbeiter Richter S. (Kleine Ulrichstraße 29). Bademeister Schneiderheinze S. (Leipzigerstraße 34). Tischler Reiche S. (Ladenberastr. 3). Geschirrführer Staude S. (Kleine Ulrichstr. 35). Dachdecker Wolf T. (Glauchaerstr. 32). Tischler Günzerodt S. (Hafenstr. 47). Kaufmann Kopich T. (Guttenstr. 17).

Gestorben: Schneider Beyer, 63 J. (Bernhardystraße 14). Dienstmädchen Ida Sturm, 42 J. (Magdeburgerstraße 45). Postassistenten Koch T., 1 Tg. (Krondorferstraße 11). Bahnwärters Raase Ehefrau Johanna geb. Langerbeck, 33 J. (Klinik). Bergmanns Kunze Ehefrau Emma geb. Peter, 30 J. (Klinik). Witwe Christiane Stock geb. Brink, 64 J. (Klinik). Witwe Henriette Nietschmann geb. Schönbrodt, 61 J. (Moritzzwinger 10). Tapezierers Hennig T., 5 Mon. (Guttenstraße 18). Maurers Schurig S. 1 Mon. (Mühlberg 8).

Halle (Nord, Burgstr. 38), 11. August.

Eheschließungen: Heizer Schwarze und Berta Mohr (Steinförde und Trotha erstraße 64). Privatgelehrte Walter Altmann und Anna Robert (Magdeburgerstraße 65 und Angerweg 34). Chemiker Ernst Königs und Elly Fleischhack (Berlin und Reichardtstraße 3). Ingenieur Ritter u. Martha Rau (Mülheim a. Rh. und Am Kirchtor 20d).

Geboren: Arbeiters Wettmann T. (Advokatenweg 23).

Gestorben: Kaufmann Naumann, 71 J. (Saalestr. 5). Eine unbekannte männliche Person, etwa 20 Jahre alt. Maurers Wolf Ehefrau, geb. Fischer 42 J. (Körnerstr. 14). Tischlers Götzel Tocht., 3 Woch. (Reilstr. 27). Arbeiters Weber S., totgeb. (Berlinerstr. 32). Arbeiters Hoffmann S., 6 Monate (Wörthstraße 2). Arbeiters Napsilber T., 1 Mon. (Gr. Brunnenstraße 43). Schneidermeisters Rust T., 2 Wochen (Fleischerstraße 2). Gastwirt Brinkmann aus Halberstadt, 56 J. (Nerven-Klinik). Maschinenmeisters Kemper aus Diemitz Ehefrau Emilie geb. Rosch, 63 J. (Diakonissenhaus).

Volkspark, Burgstr. 27.
Dienstag, den 14. August abends 8 Uhr:
Gr. Garten-Frei-Konzert
bei starkbesetztem Streich-Orchester.
Um freundlichen Zuspruch ersucht **Die Geschäftsleitung.**

Achtung!
Freunden und Bekannten teile mit, daß ich am heutigen Tage ein
Milchgeschäft
eröffne
Für pünktliche Lieferung werde ich stets Sorge tragen.
Krollwitz. Otto Bergholz.

Allgem. Konsumverein Halle a. S. u. Umg.
E. G. m. b. H.
Mittwoch den 15. August 1906 abends 8½ Uhr im Bellevue, Lindenstrasse 78
ausserordentl. General-Versammlung.
Tagesordnung:
Die Vorkommnisse in unserer Bäckerei.
Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.
Der Aufsichtsrat. J. A.: O. Tietze. K. Pollnow.

Soziald. Verein Weissenfels.
Donnerstag den 16. Aug. abends 8½ Uhr im Restaur. Zentralhalle
Vereins-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Der politische Massenstreik. Referent: Bezirkssekretär Genosse Drescher-Halle. 2. Berichterstattung über den Kreistag. 3. Verschiedenes.
Gäste, auch Frauen haben Zutritt. Der Vorstand.

Bettstelle und Matratze verk. billig Parkstr. 7.

Selbst. Zimmermann sof. gesucht Seebenerstraße 49a.

Morgen Dienstag Schlachtefest. Joh. Fischer, Gr. Gosenstrasse 7.

Morgen: Schlachtefest Max Zacher, Schleifweg 7.

Wilson-Nähmaschine, gut gehend, 16 M. verkauft Möscher. Thielenstraße 4 II.

Tücht. Bauschlosser
für sofort gesucht.
Carl Köckert, Dessau,
Fabrik für Eisenbau.

Anst. Schlafst. z. vm. Krukenbergstr. 11 III | Anst. Schlafst. offen Saphienst. 29, II

Einmachegläser
Literinhalt ca. ¼ ½ ¾ 1 1½ 2
4 6 8 10 14 18 Pf.
Literinhalt ca. 3 4 5
28 35 40 Pf.
Einmachegläser
mit Patentverschluss
Literinhalt ca. ½ 1 1½ 2
28 38 48 55 Pf.
Einmachetöpfe
48 38 28 16 Pf.
Pergamentpapier Meter 8 Pf.
Hamburger Engros-Lager
Leopold Nussbaum.
Halle a. S.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: Paul Groß. — Druck der Hallschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219060814-14/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 187. Halle a. S., Dienstag den 14. August 1906. 17. Jahrg.

Ueber die Landarbeiterfrage

führte die Genossin Luise Zietz-Hamburg auf dem Verbandstage der Fabrikarbeiter folgendes aus: Nach der Berufszählung von 1895 hatten wir in Deutschland 5445924 ländliche Arbeiter. Gewiß ein gewaltiges Rekrutierungsgebiet für den Landarbeiter-Verband. Die Landarbeiter vereinigen in ihrer Existenz alle Qualen, die der Kapitalismus dem Proletariat aufbürdet. Was vom allerschlechtesten des feudalen patriarchalischen Regiments noch übrig geblieben ist, wird auf sie angewendet. Die Landarbeiter schaffen in übermäßig langen Arbeitszeiten vom ersten Hahnschrei bis die Sonne längst untergegangen ist für Löhne von 216–400 M. für die Männer pro Jahr, und für die Frauen von 50–90 Pf. pro Tag. Sie leiden am schwersten unter der Konkurrenz der 300000 Galizier, Russen, Italiener u. s. w., die pro Jahr nach Deutschland zeitweise kommen.

Die technische Revolution des Kapitalismus hat auch die Agrikultur vollständig revolutioniert und den Landarbeiter — die wachsende Unsicherheit der Existenz, die Saisonarbeit gebracht. Gerade in diesem Berufe hat sich die Stellenvermittelung zu einem Handel mit Menschenfleisch ausgebildet. Sagt doch der Bericht eines Fabrikinspektors, daß selbst **Halbjahreslöhne für Vermittelungsgebühr gezahlt** worden sind und werden.

Die Arbeit der Kinder in der Landwirtschaft scheinen die frommen Agrarier nach dem Grundsatze zu betrachten: Lasset die Kindlein zu mir kommen und wehret ihnen nicht beim Rübenverziehen, Kornhacken u. s. w. Unfallverletzungen ziehen sich auch die Kinder zu, und die weiblichen Arbeiter stellen einen besonders hohen Prozentsatz der Unfallverletzten. Das hat die Freisinnigen, das Zentrum und die Nationalliberalen im schönsten Bunde mit den Konservativen im preußischen Junkerparlamente nicht abgehalten, im März 1906 dafür zu sprechen, daß im Reichstage für den Fortfall der Renten-Auszahlung unter 25 Proz. ein gleiches bei den Unfallrenten für Kinder, eingetreten werden solle.

Die Wohnungsverhältnisse sind eines der dunkelsten Kapitel. Männer und Frauen, Galizier und Russen, bringt man durcheinander oft in Räumen unter, die jeder Reinlichkeit und Sittlichkeit Hohn sprechen. In Kontrakten sichern sich die Gutsbesitzer das Recht, unverheiratete Arbeiterinnen sofort entlassen zu können, wenn sie schwanger sind. Dabei schwängern oft Gutsbesitzer die Arbeiterinnen, um sie dann zu entlassen.

Dutzende von Gesindeordnungen bestehen in Deutschland. Davon in Preußen allein 19, wovon die älteste vom Jahre 1782, die jüngste vom Jahre 1810 ist. Sie atmen den Geist des finstersten Mittelalters. Durch sie sind die Landarbeiter jedes Koalitionsrechtes, jeder Möglichkeit beraubt, durch wirtschaftlichen Kampf um die Verbesserung ihrer elendigen Existenzbedingungen zu erreichen. Deshalb muß den Landarbeitern durch eine intensive, planmäßige Agitation bei der Hebung ihrer Lage geholfen werden. Das liegt nicht nur in ihrem, sondern im Interesse der deutschen Industriearbeiter. In den Domänen der Landwirtschaft liegen die Reservoirs, aus denen die Streikbrecher in der Industrie strömen.

Wie soll sich der Fabrik- und Landarbeiterverband zu dieser Frage stellen?

Der Verband hat an vielen Orten Mitteldeutschlands Landarbeiter als Mitglieder, und es ist ihm gelungen, für manche Lohnaufbesserungen zu erreichen. Aber die bisherige Agitation hat nicht das Richtige getroffen.

Sie muß unterscheiden zwischen 1. denen, die dem bürgerlichen Gesetze unterstehen, 2. den Instleuten, 3. dem Gesinde und 4. den Wander- und freien Landarbeitern. Diesen durchaus verschiedenen Wirtschafts- und Rechtsverhältnissen müssen wir uns anpassen.

Genossin Zietz, die dafür plädierte, daß die Landarbeiter auch ferner dem Fabrik- und Landarbeiter-Verbande verbleiben sollen, empfahl folgendes in einer Resolution: Es sollen Kollegen angestellt werden, die mit den Verhältnissen der Landarbeiter vertraut sind. Ferner soll eine selbständige Beilage für Landarbeiter zum Proletarier geschaffen werden. Die anzustellenden Kollegen haben außer der Agitation Material und Statistiken über Lohn und Arbeitsverhältnisse, Kinder- und Frauenarbeit, Wohnungs-, Kontraktverhältnisse usw. in der Landwirtschaft zu sammeln.

Für die Landarbeiter wird ein Wochenbeitrag von 20 Pf. festgesetzt. Dafür wird den Landarbeitern Rechtsschutz, Krankenunterstützung, Sterbe- und Umzugsgeld gewährt und der Proletarier geliefert. Um dies alles durchführen zu können, wird auf die moralische und finanzielle Mithilfe der Generalkommission gerechnet.

Der Korreferent, Genosse Rehbein-Berlin, ein ehemaliger Landarbeiter, spricht für die Lostrennung der Landarbeiter vom Fabrikarbeiterverband und für die Schaffung eines durchaus selbständigen Landarbeiter-Verbandes.

Der Korreferent Rehbein-Berlin empfahl in seiner Resolution die Gründung einer selbständigen Landarbeiterorganisation. Er bestritt, daß es möglich sei, im Rahmen des Verbandes in Zukunft etwas Ersprießliches für die Landarbeiter zu leisten. Bisher seien so gut wir gar keine Erfolge erzielt worden, und das werde bei den entgegenstehenden Schwierigkeiten und den tieftraurigen Verhältnissen auch nicht anders werden. Die Beiträge, die übrigens von den Landarbeitern gar nicht aufgebracht werden können, würden nicht ausreichen, um den Anforderungen, die Frau Zietz stelle, gerecht zu werden. Wenn man von der Generalkommission Mittel verlange, würde man sich auch eine weitgehende Kontrolle gefallen lassen müssen, die sehr unangenehm empfunden werden müßte. Ein Ersatz sei nur möglich, wenn Partei und Gewerkschaften gemeinschaftlich dem Uebel energisch zu Leibe gehen.

Der Redner legte eine im Sinne seiner Ausführungen gehaltene Resolution vor.

Schließlich wurde die Resolution der Genossin Zietz nach längerer Debatte angenommen.

Das Elend der Landarbeiter!

„Was wird aus der ostpreußischen Landwirtschaft, wenn der Mangel an ländlichen Arbeitern immer größer wird, als er schon gegenwärtig ist?" So leitete am 26. Juni Herr Rittergutsbesitzer und Hauptmann d. L. I. Harder auf Gut Kl.-Waldeck bei Abschwangen einen Aufruf ein, der zu einer Massenpetition der Landwirte Anlaß geben sollte. Unter Verdrehung der wirklichen Ursachen der Leutenot ruft genannter Herr darin nach Staatshilfe, um den Landwirten wieder auf die Beine zu helfen. Nun hat sich aber auf dem Gute dieses Herrn ein Fall abgespielt, der so recht dartut, welche wirklichen Ursachen der Leutenot zugrunde liegen.

Am 20. Juli d. J. brachte die Königsb. Volksztg. einen Lokalartikel über Landarbeiterelend und Leutenot. In diesem wurde geschildert, wie es einer Arbeiterfamilie ergangen war, die sich auf dem Gute des Herrn Harder vermietete. Diese Familie sollte aus Danzig nach dem Gute gezogen sein. Da sie nur mit geringen Mitteln versehen war, mußte sie gleich zu Anfang Vorschuß nehmen. Die Frau, die so wie so kränklich war, konnte später vor Entkräftung nicht mehr mitarbeiten. Der Arbeiter wollte aus dem Dienstverhältnisse ausscheiden, aber der Rittergutsbesitzer wollte ihn nur dann ziehen lassen, wenn der Arbeiter 9 Mk. Fuhrlohn für sein „Heranholen" und 15 Mk. Agentengebühr zurückerstatte. Diese Summe konnte der Mann aber nicht erschwingen, und so mußte er, oft mit hungrigem Magen, weiter arbeiten. In ihrer Not verkaufte nun die Familie einige Habseligkeiten, um wenigstens nach Königsberg zu kommen. Als dies der Herr Rittergutsbesitzer erfuhr, ließ er die übrigen Wirtschaftsgegenstände auf eigene Faust nach seinem Speicher bringen. Auch sandte er den Arbeiter mit einem seiner Knechte nach der sieben Kilometer entfernten Stadt Domnau, damit derselbe dort verhaftet werden sollte. Der Amtsrichter lehnte aber verständlicherweise die eigenartige Verhaftung ab. Der Besitzer aber ließ auch die von dem Arbeiter verkauften Sachen von dem jetzigen Eigentümer trotz aller Proteste abholen und nach seinem Speicher schaffen. Der Arbeiter, welcher ohne jede Mittel dastand, wandte sich nun in Königsberg an die Sozialdemokraten, und diese nahmen sich seiner an.

Auf diesen Bericht sandte Herr Rittergutsbesitzer und Hauptmann d. L. I. der Volkszeitung eine ellenlange Berichtigung, welche folgende interessante Stellen enthält:

„Nach den eigenen Bekundungen der Arbeiter R.schen Eheleute haben diese die Stadt wegen Arbeitsmangel verlassen, nachdem sie ihre Ersparnisse zugesetzt hatten. Beim Abschluß des Vertrages erklärte Frau Romahn, sie könne zwar nicht gleich einen Scharwerker stellen, aber sie wolle selbst fleißig arbeiten, um wieder zu etwas zu kommen. Gleichzeitig erbat sie einen Vorschuß von 8 Mark, den sie anstandslos erhielt. Beim Eintreffen der Familie (in Kl.-Waldeck) zahlte ich sofort 9.25 Mark für Möbelfracht 2c. Da Frau Romahn angab, ohne jede Nahrungsmittel zu sein, so erhielt sie sofort einen Scheffel Roggen (Wert 5.20 Mk.), zwei Zentner Kartoffeln (4 Mk.) und zwei Stoß Strauch (Feuerholz) im angerechneten Werte von 4 Mk. Der Kaufswert ist mit Anfuhr mindestens 10 Mk. Die Familie hatte also, ohne irgend welche Arbeitsleistung, einen Vorschuß in Bar und Naturalien von 26.25 Mk. erhalten. Außer freier Wohnung und dem vereinbarten Lohn in Bar und Naturalien erhielt die Familie täglich noch zwei Liter frische und drei Liter Magermilch. Entgegen ihrem Versprechen hat Frau Romahn nur wenig gearbeitet. Am 8. Mai kam sie zu mir und sagte, daß sie krank sei. Sie müßte in die Klinik, werde dort aber nur aufgenommen, wenn ich die Kosten trage. Frau Romahn hatte sich aber vorher nicht krank gemeldet, noch irgend welche ärztliche Hilfe in Anspruch genommen. Ich schickte die Frau zum Gutsarzte, und dort bekam sie folgendes Zeugnis:

Domnau, d. 9. 5. 06.

Die Frau Romahn, leidet, wie bereits in der Klinik konstatiert ist, an Vorfall der hinteren und vorderen Scheidewand und Gebärmutterverlagerung. Das Leiden würde, weil zu hochgradig, durch Tragen eines Ringes nicht gehoben werden, bezw. der Ring würde nicht halten.

Es ist also besser, wenn die Frau sich einer Operation unterzieht und sich zu diesem Zwecke in die Klinik aufnehmen läßt, wie ihr bereits vorgeschlagen wurde.

Mit bester Empfehlung

Dr. S.

Frau R. weigerte sich jedoch auf mehrfache Aufforderung, sich der Operation zu unterziehen, trotzdem ich sie nach der Klinik bringen und die Kosten vom Armenverbande einfordern wollte. Die Milch erhielt Frau R. täglich weiter geliefert. Am 8. Juli erhielt dann der Mann, trotzdem es noch nicht verdient war, wieder 8 Mk. und drei Scheffel Roggen. Letzteren verkaufte Frau R. sofort. Am 9. Juli sagte mir mein Inspektor, daß ein Teil der Sachen der R.schen Familie zur Bahn, ein anderer zu einem Deputanten gebracht worden sei. Ich ließ den Mann von der Arbeit holen, und die Wohnung, deren Fenster künstlich und absichtlich (!) mit Gardinen verhängt waren, aufschließen. Beide Stuben waren ausgeräumt. R. gab zu, daß er mich um die Vorschüsse zu bringen beabsichtigt hätte. Ich erklärte ihm, daß ich Strafantrag stellen und ihn dem Amtsgericht Domnau zuführen lassen werde. Hiermit erklärte sich R. einverstanden. Gleichzeitig eröffnete ich ihm, daß ich seine Sachen bis zur Entscheidung des Gerichts unter Verschluß nehmen würde. Gegen die Frau ist Strafantrag gestellt."

Soweit der wohlede Herr Rittergutsbesitzer und Hauptmann Harder. Entrollt schon diese Berichtigung ein Bild des Arbeiterlebens auf dem Lande, so ist dies bei der folgenden Entgegnung der Frau Romahn ebenfalls der Fall. Diese schreibt:

„Vieles in dem Schreiben des Herrn Harder ist unrichtig. In Hildesheim, wo mein Mann in einer Zuckerfabrik arbeitete, erhielt derselbe 22—26 Mk. Wochenlohn. Wir hatten uns auch eine schöne Summe erspart. Bei der Arbeit (auf ihrer früheren Stelle in Drebenau) erklärt ich infolge schweren Hebens einen Fehler. Im Vermittlungsbureau wurde mir der Kontrakt vorgelegt, aber ehe ich mit Lesen fertig wurde, wieder weggenommen. Auch mein Mann bekam ihn nur flüchtig zu sehen. Uns war freie Reise versprochen. Die 8 Mk., die ich erhielt, waren berechnet für die Reise von Drebnau nach Kl.-Waldeck und 9.25 Mk. für den Transport der Sachen. Daß ich gleich beim Anzuge einen weiteren Vorschuß empfing, weil wir sagten, wir sind ohne Nahrungsmittel, ist unwahr, denn wir hatten noch auf einige Tage Kartoffeln und ein großes Stück Speck. Geld hatten wir genügend. Daß ich selbst zur Arbeit gehen wollte, habe ich nicht gesagt. Als ich im April zwei Tage nicht arbeitete, erhielt ich fünf Tage keine Milch. Am 5. Mai mußte ich große schwere Rasenkampen auf den Weg

Arbeiter, trinkt nur Bier zu alten Preisen!

Kleines Feuilleton.

Die Kirche hat einen guten Magen. Wenn diese Tatsache auch am drastischsten bei den angesammelten Millionen der toten Hand zutage tritt, so versteht sie jedoch auch im kleinen recht gut zu Gelde zu kommen. Eine treffliche Illustration hierzu liefert nachstehende „Kostenrechnung" oder Aufstellung der Traumsgebühren, die in der gesamten Aufstellung und spezifizierten Aufzählung der einzelnen Leistungen unwillkürlich an eine Advokatenrechnung erinnert. Die ordnungsliebende und geschäftlich recht gewissenhafte Pfarrei, dem diese Aufstellung entstammt, ist die Stadtpfarrei St. Moritz in Augsburg.

Das denkwürdige Dokument sieht wie folgt aus:

Trauungs-Gebühren

. . . . Klasse

für	Mk.	Pfg.
Pfarramt	3	—
Heilige Messe	—	—
Trauung	—	80
Opfer dem Hochw. H. Pfarrer	—	80
St. Johanneswein	—	50
Kultusgebühr	2	15
Verkünden	3	—
2 Dispensschreiben	2	40
Dispens	2	—
Schreiben nach	—	—
3 Stühledecken	1	35
Altaraufmachen	2	—
Mesner	2	—
Kirchendiener	1	—
Ministranten	—	50
Beleg	—	05
Summa:	21	55

Besonders klassisch ist der letzte Posten von 5 Pfg. für den Beleg, also für die Rechnung selbst. Dieser Posten war in dem gedruckten Formular gar nicht vorgesehen, der die Rechnung ausstellende Beamte hatte offenbar einmal auf einer Rechtsanwaltsaufstellung das ominöse „für dieses" so und so viel Pfennig gesehen und hatte es nunmehr auch in seinem Betriebe praktisch angewendet. Wir bemerken dabei noch, daß, wie uns der mit der Kostenrechnung Beglückte, ein Arbeiter, mit kaum drei Mark Tagelohn, nicht gerade in den schmeichelhaftesten Ausdrücken mitteilte, der Trauungsakt nur 3 bis 5 Minuten gedauert habe und daß ihn als Hochzeitsgabe noch vor Verlassen der Kirche diese hochwürdige Kostenrechnung eingehändigt worden sei. Uns wundert das nicht, Ordnung ehrt jedes Geschäft, warum sollte sich denn die Kirche der Ordnung schämen?

Byzantinisches Bauchrutschen vor einem Bischof. Justizrat Dr. Porsch hat am 21. Juli einen Brief an Kardinal Kopp in Posen gerichtet. Ueberschrift: „Hochwürdigster Herr Kardinal! Gnädigster Fürst und Herr!" Schluß: „Ehe ich dem Komitee endgültige Vorschläge unterbreite, wage ich es, Ew. Eminenz diese Absicht mitzuteilen und ehrerbietigst die Bitte beizufügen, Ew. Eminenz wollen hochgeneigtest mich ermächtigen, dem Komitee mitzuteilen, daß Hochdieselben (!) diese äußere Festfeier anzunehmen geruhen wollen." —

Stöckerpoesie. Im Stöckerschen Reich, das täglich zweimal über den rohen Ton der sozialdemokratischen Presse greint und weitert, „dichtet" einer:

Die Rosa fuhr nach Osten aus,
Die Lily nach dem Westen,
Die Rosa in den Kerkergraus,
Die Lily zu frohen Festen.
Die Rosa machte Hungerstreik,
So daß sie fast verreckte,
Die Lily tafelnd unterdes
Beschwippst sich leicht im Sekte.

So sehen sie aus, die Wächter und Beschützer des guten Tones.

Hoch klingt das Lied vom Liebermann dem „hochherzigen" Sonnenberger. Gelegentlich seiner Anwesenheit in Wolfshagen, so berichtet das Kreisblatt, erstand er ein Wolfsbagener Viehmarktslos, welches bei der am 19. d. Mts. stattgehabten Ziehung mit dem Gewinn Nr. 4, einem Sofa im Werte von 80 Mark, gezogen wurde. Herr Liebermann von Sonnenberg hat nun in hochherziger Weise den Gewinn dem Ausschuß zur Errichtung eines Kriegerdenkmals zum Besten des Denkmalsfonds überwiesen. — Da sich aber aus einem Sofa ein Kriegerdenkmal nicht herrichten läßt, so muß die „hochherzige" Stiftung verführt werden. In einem Inserat wird das Stück Möbel zum Kauf ausgeboten. Es wird der Mann gesucht, der 80 Mark bezahlt, damit der Ruhm des „hochherzigen" Antisemitenführers ein vollständiger werden kann.

Stockwerkhöhe und ansteckende Krankheiten. Daß die Entstehung und Verbreitung mancher Krankheiten durch die Stockwerklage der Wohnungen beeinflußt wird, ist eine allbekannte Tatsache. So leiden die Insassen der Kellerwohnungen häufig an Rheumatismus infolge der dort herrschenden Kälte und Feuchtigkeit, in Dachwohnungen ist die Kindersterblichkeit sehr hoch wegen des Verderbens der Milch und infolgedessen leicht entstehender Brechdurchfälle.

Aber auch zwischen den ansteckenden Krankheiten und der Etagenhöhe der Wohnungen bestehen gewisse gesetzmäßige Beziehungen, wie Dr. Rosenfeld in Wien auf Grund der Statistik der Stadt Wien für die Jahre 1892 bis 1899 nachgewiesen hat. Es ergibt sich aus derselben, daß die Höhenlage der Wohnung von Einfluß ist auf die Häufigkeit der ansteckenden Krankheiten. So kommen bei der einen Krankheit die meisten Fälle im Parterre vor, bei der anderen im ersten Stock. Zur ersteren Kategorie gehören die Blattern, die Diphtherie, der Keuchhusten, Typhus, Ruhr und Influenza, zu dem im ersten Stock am häufigsten vorkommenden Krankheiten Scharlach, Masern und Influenza. Es gibt demnach unter den ansteckenden Krankheiten zwei Gruppen, deren eine relativ stärker der Erde, deren andere relativ stärker in den höher gelegenen Wohnungen sich ausbreitet.

Worin ist nun die Ursache für dieses Verhalten zu suchen? Es unterliegt keinem Zweifel, daß hier zunächst die sozialen Verhältnisse der Bewohner ins Auge gefaßt werden müssen. Zweifellos ist der verschiedene Wohlhabenheitsgrad, die Kinderzahl, das mehr oder minder enge Zusammenleben der Bewohner von Einfluß. Aber ebenso zweifellos ist auch das Verhalten von Bakterien und die Verschiedenartigkeit des Infektionsmodus wirksam, und Rosenfeld weist hier in recht bemerkenswerter Weise auf die Bedeutung des Straßenstaubes für das Zustandekommen der ansteckenden Krankheiten hin. Die Straßenluft und der Straßenstaub sind bakterienhaltig. Bei

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219060814-14/fragment/page=0005

werfen. Ich quälte mich bis zur 11. Stunde, ging dann nach Hause und legte mich mit den größten Schmerzen zu Bett. Am 7. Mai war ich in der Klinik in Königsberg. Der Oberarzt war der Meinung, ich müßte in die Klinik aufgenommen werden. Ich ging zu Herrn Harder und sagte ihm, daß ich in der Klinik gewesen bin. Da wurde Herr Harder böse und fragte, was ich in der Klinik zu suchen hätte, so daß ich glauben mußte, Herr Harder halte meine Krankheit für Verstellung. Herr Harder schickte den andern Tag, um sich von der Wahrheit zu überzeugen, nach Domnau zu Herrn Doktor Sturmhäwel. Am Tage darauf sagte mir Herr Harder, ich sollte in den Garten arbeiten gehen, Kraut weiden oder sonst dergleichen. Das konnte ich aber nicht tun und ich sagte zu Herrn Harder, ich lasse Mann und Kinder sitzen und gehe fort; denn für 25 Pf. pro Tag und zwei Literscheffel Getreide pro Monat kann ich nicht alles kaufen, was vier Menschen zum Leben brauchen. Da hat Herr Harder zu mir gesagt, wir könnten ziehen; meinen Mann pustet der Wind um. Wir sollten Herrn Harder 15 Mk., die er dem Agenten gegeben hatte, und die Reisekosten zurückzahlen. Die zwei Zentner Kartoffeln, die Herr Harder erwähnt, mußte ich mir selbst aus einem Haufen von schmutzigen, verfaulten Kartoffeln auslesen. Die Kartoffeln waren kaum genießbar, so daß ich fast die Hälfte auf den Dunghaufen tragen mußte. Der Appetit verging uns gleich dabei, noch mehr von der Sorte Kartoffeln zu kaufen, und wir haben auch keine mehr davon gekauft.

Der Scheffel Roggen hat nicht den Wert von 5.20 Mk., sondern ist nur 4.60 Mk. wert; denn in Waldeck werden für die Leute nur Literscheffel gemessen, worüber sich die Leute alle beklagen."

Ueber die freie Wohnung sagt die Frau folgendes:

Es ist unwahr, daß Herr Harder uns eine Wohnung von zwei Stuben gegeben hat. In Kl.-Waldeck gibt es überhaupt keine Leutewohnungen von zwei Stuben. Wir haben müssen in einer schwarzgeräucherten Wohnung hausen. Der Ofen war von Backsteinen und Lehm zusammengebacken und dem Einstürzen nahe, denn er hatte lauter große Spalten und Löcher. Rauch und Qualm kam in die Stube. Aus der Stube führt eine zerbrochene Tür in die Kammer. Hier ist es jammervoll. Die Decke pechschwarz, die Bretter faul und eingebrochen, dem Runterstürzen nahe. Die Wände abgestoßen und abgerissen, schwarz wie Kohlen. Der Lehmfußboden voll Löcher, die Füße auszubrechen, von Ratten und Mäusen zerwühlt und bewohnt, daß man gezwungen war, Ratten- und Mäusekonzerte anzuhören. Dazu kamen dann auch noch die geruchlosen Tausendfüßler, die großen schwarzen Rüsselkäfer, die schneeweißen und die braunen Franzosen. Der ganze Lehmfußboden wimmelte voll Flöhe. Das Gebäude, mit Stroh bedeckt, sieht von außen wunderhübsch aus. Unsere Kinder sind krank und elend geworden, denn oft hatten wir den eleganten Lehmsaal voll Rauch, daß wir hachten, der scharfe Strauchrauch müßte uns die Kehle aus dem Halse reißen. Ich habe Herrn Harder verschiedene Male um eine andere Wohnung gebeten. Zweimal sagte er mir, wir könnten unsere Sachen in eine andere Wohnung bringen. Diese war aber gar nicht leer und von anderen Menschen mit verschiedenen Sachen vollgestellt. Trotzdem wir dem Herrn Harder sagten, daß die Leute ihre Sachen nicht rausnehmen wollten, sorgte Herr Harder doch nicht dafür, daß wir aus unserer gesundheitsschädlichen Wohnung ausziehen konnten. Den Aufnahmeschein von der Klinik nahm mir Herr Harder ebenfalls ab. Auf manchen Gütern ist der Landarbeiter wie ein Sklave; er wird abgehärtet gegen das Elend bei den paar Jammergroschen, durch schwere Arbeit und Hunger. Das bißchen Getreide reicht nicht den Monat über zu Brot. Der Mann muß bei Tagesanbruch in die schwere Arbeit gehen. Das wenige Brot reicht nicht zum Sattesseln. Die Frau muß sich morgens bei aller Arbeit müde laufen und hat nicht einmal Zeit, etwas in den Mund zu nehmen. Das kümmerliche Stückchen Brot, das noch da ist, braucht sie für die Kinder, die schon darnach jammern. Oft ist die Frau genötigt, morgens früh ganz nüchtern zur schweren Landarbeit zu gehen. Kommen nun mittags alle zusammen und wollen sich sattessen, dann besteht das Mittagsmahl aus fetter Schleudermilch und Kartoffeln. Auch davon ist nicht einmal so viel da, um den Hunger zu stillen. Kommt der Abend, dann ist etwas oder gar nichts da, und dann tagt man, der Schlaf wird uns stärken. O, das ist unmenschlich, aber doch wahr.

Die Frau schließt ihre Eingegnung mit den Worten: „Ihr lieben Männer in der Stadt und Ihr lieben Frauen und Kinder, gedenket nicht, auf das Land zu ziehen, denn Ihr werdet dort oft ausgesogen."

Aus den beiden Bildern kann man klar und deutlich die elende Lage der Landarbeiter ersehen. Ihnen kann nichts anderes helfen, als eine starke Organisation. Diese zu schaffen und damit die Lage dieser Unglücklichen zu verbessern, das ist eine der Aufgaben der Sozialdemokratie. Dazu muß aber jeder Parteigenosse seinen Teil beitragen, damit Aufklärung unter die Landbewohner getragen wird. Der Erfolg wird dann nicht ausbleiben.

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., 13. August.

Zur Abwehr der Bier-Preiserhöhung.

Folgende Gastwirte und Viktualienhändler haben die Bierpreise **nicht erhöht:**

(Nach Eingang geordnet.)

Gastwirte:

Volkspark, Burgstraße 27.
Wilhelm Krüger, Gastwirt, Leipzigerstr. 14 u. Gr. Sandberg.
E. Müller, Gastwirt, Steinweg 9.
W. Westerwald, Restaurant zum Wasserturm, Turmstr. 154.
R. Ruhe, Konzerthaus, Karlstraße 14.
Frau Ww. Regber, Restaur. z. Wännerhöhe, Pännerhöhe 44.
K. Schmidt, Z. Neuen Stern, Sternstr. 5a, Ecke Kl. Brauhausstr.
Hugo Haase, Gastwirt, Mansfelderstraße 11.
Nitts Restaurant, Zum fidelen Russen, Gr. Klausstr. 30.
L. Wünschmann, Zur fidelen Ecke, Bruckdorferstraße 8.
Fr. Pirschty (i. V.: H. Seydewitz) Englischer Hof, Großer Berlin 14.
P. Paffrath, Gastwirt, Delitzscherstraße 24.
P. Sasse, Restaurant zum Torschlößchen, Torstraße 53.
R. Mende, Restaurant zum Amtshof, Annenstraße 1.
K. Emmrich, Gastwirt, Bertramstraße 18.
Frau Lina Franke, Gastwirtin, Triftstr. 29, Ecke Rosenstr.
K. Klinter, Restaurant Burgliebenau, Liebenauerstr. 15.
E. Bachmann, Stadt Kottbus, Meckelstraße 14a.
P. Stiefler, Restaurant Hackeborn, Hackebornstraße 4.
H. Wittig, Gastwirt, Körnerstraße 18.
W. Hemer, Gastwirt, Northafstraße 22.
W. Harings, Gastwirt, Raffineriestraße 5.
E. Renner, Goldene Krone, Königstraße 45.
R. Sendler, Gastwirt, Burgstraße 7.
R. Geyer, Restaurant z. Deutschen Eiche, Böllbergerweg 5.
O. Biedermann, Restaur. z. Schützen, Merseburgerstr. 8.
F. Thieme, Rest. Goldene Egge, Pulverweiden.
Bruno Bernhardt, Gastwirt, Raffineriestraße 15.
Joh. Schulz, Gast- und Logirhaus, Mittelwache 3.
A. Augustinack, Gastwirt, Osmünde.
Ernst Voigt, Sportpark.
R. Rahmdorf, Zum Ritterschloß, Torstraße 42.
F. Finger, Gastwirt, Merseburgerstraße 167.
P. Engelhardt, Restaurant zur Frohen Laune, Wegscheiderstraße 2.
Frau Berta Gottschalk, Restaurant, Gr. Brauhausstr. 29.
E. Große, Gastwirt, Gr. Märkerstraße 21.
M. Neubert, Restaurant und Gartenlokal, Buggenhagenstraße 1, Ecke Beesenerstraße.
G. Winkler, Gastwirt, Merseburgerstraße 15.
A. Wach, Restaurateur, Leipzigerstraße 11, Eingang Kleiner Sandberg.
G. Eisold, Restaurant zum fröhlichen Zecher, Torstraße 37.
Gottfried Näthke, Zum alten Fritz, Rathausstraße 9.
Georg Behrend, Turnerschlößchen, Friesenstraße 18.
Frau Moritz, Moritzburg, Harz 51.
Joh. Schillers Restaurant, Wörmlitzerstraße 94.
R. Rech, Gastwirt, Merseburgerstraße 96.
Albert Schmidt, Frohe Aussicht, Liebenauerstraße 166.
August Flemmer, Zur Hochburg, Hochstraße 10.
Reinh. Berbig, Gastwirt, Königstraße 54.

Viktualienhändler:

Die sämtlichen Verkaufsstellen des Allgemeinen Konsumvereins für Halle a. S. und Umgegend.
Paul Heinrich, Viktualienhändler, Glaucharstraße 66.
Willi Ekert, Viktualienhändler, Kleine Ulrichstraße 1.
Wilhelm Berger, Viktualienhändler, Burgstraße 62.
G. Weinecke, Viktualienhändler, Böllberg 34.
B. Koch, Viktualienhändler, Eichendorffstraße 10.
T. Schmidt, Schnittgeschäft, Osmünde.
Frau Ww. Brünner, Viktualienhändler, Magdeburgerstr. 9.
Konsum-Verein Ammendorf und Umgegend.
Louis Meyer, Viktualienhändler, Böllberg Nr. 48.
R. Liebig, Kolonial- u. Materialwarenhdlg., Beesenerstr. 5.
Hermann Ziege, Viktualienhändler, Zwingerstraße 32.
Konsumverein Halle-Giebichenstein.
Johannes Fischer, Viktualienhändler, Gr. Gosenstraße 7.
Amalie Hauck, Viktualienhdlg, Nietleben, Eislebenerstr. 12.

Zehn Jahre Tarifgemeinschaft im deutschen Buchdruckgewerbe.

Vor zehn Jahren, im Jahre 1896 war es, als sich die deutschen Buchdrucker im Hofjäger zu Halle, dem jetzigen Bellevue, zu einer Generalversammlung zusammenfanden, um sich für die Tarifgemeinschaft zu entscheiden. So leicht ist es nicht gewesen, die Gesamtheit der deutschen Buchdrucker von der Zweckmäßigkeit des Tarifvertrages mit den Unternehmern zu überzeugen, ja wir haben gesehen, daß diese gewerkschaftliche Frage eine Spaltung der Organisation zur Folge hatte. Der damalige Redakteur des Buchdrucker-Verbandsorgans, Gasch, stellte sich an die Spitze der Buchdrucker-Gewerkschaft und jahrelang haben die in den beiden Organisationen vereinigten Berufsgenossen einen erbitterten Bruderkampf geführt, bis endlich nach und nach der Anschluß der Gewerkschaftler an den Buchdrucker-Verband wieder erfolgte. Das war eine der Kinderkrankheiten der Buchdrucker-Tarifgemeinschaft. Heute gibt es wenige organisierte Buchdrucker, welche sachliche Bedenken gegen die Tarifgemeinschaft haben und die 10jährige Erfahrung, welche die Organisation auf dem Wege der Tarifgemeinschaft zurückgelegt hat, läßt erwarten, daß sie den einmal beschrittenen Weg weiter gehen, solange er noch gangbar ist, das heißt, solange die Unternehmer im Buchdruckgewerbe den Scharfmacherstandpunkt der Tille und Kotsorten nicht zu ihrem eigenen machen.

Das Vorgehen der Buchdrucker auf dem Wege der Tarifabschlüsse ist vorbildlich geworden für eine ganze Reihe anderer Gewerkschaften. Wenn es noch nicht gelungen ist, dem Beispiele der Buchdrucker vollständig zu folgen, wenn die Tarife anderer Organisationen mit den Arbeitgebern sich nur auf Orte oder Bezirke beschränken, während durch den Buchdruckertarif die Lohn- und Arbeitsverhältnisse fast über das ganze Reich geregelt sind, so liegt das heute nicht mehr an dem Widerstand der Arbeiter sondern an der Rückständigkeit der Unternehmer, die hierin der Parole der Scharfmacher gar zu gern folgen. Im Buchdruckgewerbe sind die Arbeitgeber allerdings auch erst nach schweren Kämpfen zu der Einsicht gelangt, daß bei den eigenartigen Verhältnissen der Branche und bei der Stärke der Organisation, die das Sozialistengesetz überstand, nicht in dem Messen der gegenseitigen Kräfte, nicht in der Geltendmachung des Rechtes des augenblicklich Stärkeren, sondern in der verständigen Bergütung und Schätzung der geleisteten Arbeit und des Lohnes das Gedeihen und Blühen der Industrie liegt. Der soeben erschienene Bericht des Tarifamtes konstatiert denn auch, daß gegenteilige Bestrebungen innerhalb des Berufskreises immer nur von Einzelpersonen, nicht von Organisationen oder Gruppen an die Oeffentlichkeit dringen. Es sei deshalb zu erwarten, daß auch die bevorstehenden Verhandlungen in den bewährten Bahnen bleiben werden.

Das Tarifamt rekapituliert, wie diese Tarifgemeinschaft innerhalb des Gewerbes gewirkt hat und wie deren Ausbreitung und Bervollkommnung vor sich gegangen ist. Der neu vereinbarte Tarif kam 1896 zur Einführung. Die Verzeichnisse von den zehn Jahren geben das folgende Bild:

1897	1631	tarifreue Firmen,	18 340	Gehilfen	an	469	Orten
1898	2030	„ „	22 468	„	„	647	„
1899	2704	„ „	27 449	„	„	880	„
1900	3115	„ „	30 630	„	„	1002	„
1901	3372	„ „	34 307	„	„	1030	„
1902	3464	„ „	36 527	„	„	1043	„
1903	4250	„ „	39 464	„	„	1315	„
1904	4559	„ „	41 488	„	„	1382	„
1905	5134	„ „	45 869	„	„	1552	„
1906	5583	„ „	49 497	„	„	1659	„

In demselben Lokal, in dem vor zehn Jahren die Tarifgemeinschaft von den Gehilfen beschlossen wurde, im Bellevue, fand gestern nun eine Kreisversammlung des 6. Tarifkreises der deutschen Buchdrucker (Gau Osterland-Thüringen und Gau An der Saale) statt, in welcher die in diesen Gauen ansässigen Buchdrucker über die nächste Tarifperiode zu beraten hatten. Ueber den Gang der Verhandlungen geht uns folgender Bericht zu:

Aus 38 Druckorten sind 700 Kollegen anwesend. Nach Eröffnung der Versammlung und Konstituierung des Bureaus macht der Gehilfenvertreter, Kollege Hugo König-Halle, in einem Referat über die bevorstehende Tarifrevision und Berichterstattung über die in Berlin stattgefundene Gauvorsteher- und Gehilfenvertreter-Konferenz folgende Aeußerungen: Als im vorigen Jahre die Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker sich mit der diesjährigen Tarifrevision zu befassen hatte, würdigte sie die zurzeit herrschenden Verhältnisse im Gewerbe durch einstimmige Annahme folgender Resolution: „Die Versammlung beauftragt die Gehilfenvertreter, zu gegebener Zeit bei dem Tarifausschusse den Antrag auf Revision des Tarifes zu stellen. Eingegangene Abänderungsvorschläge sind seitens der Kreisvertreter an den Verbandsvorstand einzusenden und durch eine einzuberufende Gauvorsteherkonferenz mit den Gehilfenvertretern zu prüfen und zusammenzustellen, und dann den tariftreuen Gehilfen an den Kreisvororten an einem Tage Bericht zu erstatten."

Mit dieser Würdigung der Situation im Buchdruckgewerbe sprach die Generalversammlung zugleich die Taktik aus, welche im Hinblick auf die bevorstehende Tarifrevision diesmal beobachtet werden sollte. Und man kann wohl heute sagen, daß die Kollegenschaft im allgemeinen dieser Taktik das nötige Verständnis entgegengebracht hat. Dadurch ist es möglich gewesen, in engeren Kreisen bedeutsame vorbereitende Schritte zugunsten unserer Kollegen zu tun und besser als bisher den Tarifberatungen ein gesundes Fundament zu schaffen. Inzwischen (vom 7. bis 12. Mai) hat nun die Konferenz in Berlin getagt und Aufgabe der heute in allen Vororten der Tarifkreise tagenden Versammlungen wird es sein, die von der Konferenz gefaßten Beschlüsse bezw. Anträge zu sanktionieren, damit sie bis zum 13. August dem Tarifamt zur weiteren Behandlung übergeben werden können. — Anwesend waren auf der Konferenz die Gauvorsteher, die Gehilfenvertreter, Vertreter der Maschinenmeister, Maschinensetzer, Korrektoren und Stereotypeure. Es war somit ein Apparat aufgeboten, der für eine sachgemäße und gründliche Erledigung aller in Betracht kommenden Fragen Garantie bietet. Die Tagesordnung dieser Konferenz war naturgemäß eine äußerst reichhaltige. Das eine sei aber konstatiert, daß bei allen Beschlüssen bezw. Anträgen immer nur das Interesse der Gesamtorganisation im Auge behalten wurde.

Die Haupt- und Magenfrage für den nächsten Tarif ist die Erhöhung der Grundpositionen des Tarifes und des gewissen Geldes. Auf diesen Punkt hat mit Recht die Konferenz das größte Gewicht gelegt. Jedenzeit hat der Verband die Einsicht gehabt, daß er mit wirtschaftlich verelendeten Massen sein Ziel nicht erreichen könne. Je tiefer die Lebenshaltung einer Arbeitergruppe, desto unfähiger wird sie sein, einen notwendigen Einfluß im gewerblichen Leben auszuüben und kein noch so radikaler Standpunkt kann hier mangelnde Kraft und organisatorische Vorbedingungen ersetzen. Alle Voraussetzung für die Wahrung von Arbeiterinteressen bildet immer nur die Organisation, und diese wird gestützt durch Erfolge auf dem Lohngebiete. Einzig und allein nur durch die Organisation wird es uns möglich sein, ernstlich eine wirksame Verbesserung unserer materiellen Verhältnisse herbeizuführen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse, wie sie jetzt liegen, müssen jedem die Augen geöffnet haben. Ueber alles andere hinweg schreit die Gehilfenschaft zunächst nach „Mehr Brot!" Aller Friede, alle erreichte Kultur im Gewerbe wird elend zugrunde gehen, wenn die Prinzipale diesen Ruf unbefriedigt verhallen lassen würden. Die Gewährung von Teuerungszulagen seitens einzelner sozial fortgeschrittener Prinzipale, sind ein Beweis für die Unhaltbarkeit der jetzigen materiellen Verhältnisse der Gehilfenschaft. Die Gehilfenvertreter werden deshalb beauftragt, für eine **15prozentige Lohnerhöhung,** die allen Kollegen zu teil werden soll, im Tarifausschuß einzutreten. — Ferner wird eine Beseitigung des Staffeltarifes oder wenigstens eine Einschränkung desselben in bezug auf die Staffel von 22—23 Jahren gefordert. Auch soll bezüglich der Ausnahmebestimmungen eine grundlegende Aenderung im Tarifausschuß beantragt werden. — Bezüglich der Ueberstunden, die eine im allgemeinen durch nichts zu rechtfertigende Arbeitszeitverlängerung anstelle der erstrebten Arbeitszeit-Verkürzung bedeutet, wird es sich in Zukunft die Organisation mehr angelegen sein lassen müssen, in ihren eigenen Reihen Remedur zu schaffen. Auch werden vom Tarifausschusse Maßnahmen gegen eine derartige Ausnutzung der Arbeitskraft gefordert. — Die Frage der Lokalzuschläge harrt noch einer späteren Erledigung durch die Kreisämter. — Die neuzeitige Entwickelung des Buchdruckgewerbes und die in ihm allgemein vorherrschende Arbeitsweise bedingt eine so frühzeitige Erschöpfung der menschlichen Arbeitskraft, daß entsprechende Gegenmaßregeln durch eine Verkürzung der Arbeitszeit ergriffen werden müssen. Die Kreisversammlung stimmte dem Beschlusse der Konferenz zu, **eine halbe Stunde tägliche Arbeitszeit-Verkürzung** zu fordern. — Betreffs der Ferien wird der Wunsch ausgedrückt, die Prinzipale möchten diese, auch in ihrem Interesse liegende Vergünstigung an die Gehilfen immer mehr und mehr zur Einführung bringen. — Auch die Fragen der Aushilfs-Konditionen, Lehrlings-Skala und der Vertrauensmänner fanden seitens der Versammlung die Würdigung, die ihr die Konferenz zuteil werden ließ. — Die Stellungnahme der Konferenz bezw. der Maifeier sowie zu den Anträgen der stattgefundenen Sporten-Kongresse fanden ebenfalls die Billigung der Versammlung. — Von einer Obligatorisierung der Arbeits-Nachweise wurde nach gehörter Begründung seitens der Konferenz Abstand genommen.

Die Beschlüsse und Anträge der Gauvorsteher-Konferenz wurden nach kurzer Diskussion einstimmig angenommen.

Einen breiten Raum im Referate sowohl als auch in der Diskussion nahm der Punkt: Abschluß des Tarifes von Organisation zu Organisation ein. Speziell dieser Punkt hatte die Organisationen der Gutenbergbündler, der Hirsch-Dunckerschen und die Prinzipals-Kassenmitglieder in die Versammlung geführt. Die Hauptpunkte des zwischen dem Deutschen Buchdrucker-Verein (Prinzipals-Organisation) und dem Verbande der deutschen Buchdrucker abzuschließenden Vertrages wurden vom Referenten kurz referierend behandelt. Da die Angelegenheit noch nicht spruchreif ist, erübrigt sich ein Eingehen an dieser Stelle.

Recht erheiternd wirkte das krampfhafte Bemühen der anwesenden Gutenbergbündler und der Gewerkvereinler, den Verband von einem Abschluß des Tarifes von Organisation zu Organisation abzuhalten.(!) Diese Aucharbeiterorganisation besaß die Kühnheit, des weiteren noch folgende Anträge zu stellen: „1. Anerkennung des Gutenbergbundes als tariftreue Organisation, 2. Anerkennung des Typograph als offizielles Publikationsorgan der Tarifbehörden und 3. Zulassung eines Vertreters des Gutenbergbundes zu den Tarifberatungen." Selbstverständlich wurden diese Anträge gegen die winzigen Stimmen der Gutenbergbündler und der paar Männeken des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins abgelehnt. Diese Streikbrecher-Organisation hat den organisierten Buchdruckern oft genug Knüppel zwischen die Beine geworfen, so daß der Verband keinerlei Ursache hat, dieser Organisation irgend welche Konzessionen zu machen. Jeder Buchdruckergehilfe gehört in den Verband der deutschen Buchdrucker. Wer nicht Mitglied dieser Organisation ist, stellt sich außerhalb der organisierten Kollegenschaft. Mit einem Hoch auf den Verband der deutschen Buchdrucker wurde die imposante Versammlung geschlossen.

Die organisierte Arbeiterschaft wünscht den Buchdruckern zu dem bevorstehenden Abschlusse des Tarifs besten Erfolg. Jede Verbesserung der wirtschaftlichen Position der Buchdrucker ebnet der übrigen Arbeiterschaft auch den Weg zu höheren wirtschaftlichen Existenzbedingungen. Deshalb wird die Gesamtarbeiterschaft auf die Erfolge der Buchdrucker nie neidisch sein, sondern daraus die Lehre ziehen, sich auf wirtschaftlichem Gebiete ebenso stark zusammen zu schließen, um dem Unternehmertum mit demselben Erfolge entgegenteten zu können.

---

der Straßensäuberung wird Straßenstaub in die Luft gewirbelt und die Staubwolken erreichen den ersten Stock, selten einen höheren. Sind die Fenster geöffnet, so dringt der Staub in die Wohnung ein. Der Ueberschwemmung mit Straßenstaub sind die Wohnungen daher um so mehr ausgesetzt, je tiefer sie liegen. In den tiefen Etagen findet sich daher diejenigen Krankheiten, die zumeist durch Luftinfektion und durch leblose Gegenstände übertragen werden, nicht jedoch Scharlach, Masern, Röteln, welche meist von Person zu Person übertragen werden. Für die Krankheitsverhütung ergibt sich aus dieser Betrachtung der wichtige Fingerzeig, die tiefer gelegenen Wohnungsteile vor dem Eindringen des Straßenstaubes zu schützen. Als sehr wirksam erweisen sich hier die Vorgärten mit Bäumen und Sträuchern, welche als Staubfänger wirken, und wenn heute in den Städten die Vorgärten dem wachsenden Verkehr zum Opfer fallen, so ist dies als ein hygienischer Rückschritt zu betrachten. Auch die Pflasterung der Straßen ist von Einfluß. Für die Verbreitung von Typhus und Ruhr ist ungepflasterter Boden gefährlicher wie gepflasterter.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219060814-14/fragment/page=0006

Der General-Anzeiger sucht Arbeitswillige!

Im hiesigen General-Anzeiger findet sich das folgende verlockende Inserat:

60 bis 70 tüchtige Tischlergesellen
für bessere Möbel- und Bauarbeit werden bei gutem Verdienst für dauernde Stellung nach Erfurt gesucht.
Angebote sind zu richten an das
Städtische Arbeitsamt, Erfurt, Michaelisstraße.

Die hiesige Ortsverwaltung des Deutschen Holzarbeiterverbandes teilt uns mit, daß in Erfurt Differenzen bestehen und ersucht alle Kollegen, auf dieses Inserat nicht zu reflektieren, da sich die Tischler in Erfurt in einer Lohnbewegung befinden. Infolgedessen ist es Pflicht jedes ehrlich denkenden Tischlers, die Solidarität hochzuhalten und den Werbungen des Erfurter Arbeitsamtes kein Gehör zu schenken. Sobald die Differenzen beendigt sind, wird solches durch die Presse bekannt gegeben.

Ein Nörgler,

dem der Roman Otto Ludwigs, Die Heiterethei, den wir gegenwärtig im Feuilleton unseres Blattes abdrucken, nicht gefällt, sendet uns zur Kritik des klassischen Meisterwerkes, natürlich anonym, folgendes liebliche Brieflein:

An das Volksblatt Hartz Genossenschafts
E. G. m. b. H.
Halle a. d. S.

Lieben Genosen

Es ist doch wirklich eine Schante das Volksblat mit so ein Unnöhtigen Kram zu verschmihren es wöhr doch wohl bösser dan, blieb das frei inr Blatt wen ihr nichts Mähr wist. mich komt das for als woltet ihr unß für unser Geld verklaßen

Die Heiterethei meine ich won die Herrn Rehtackteure nicht mehr zu duhn habben dan ferzigtich aufs Volksblatt

Ein alter Genose F. H.

Ein schon vor fielen Gahren her Abonöhnt bricht die Geschichte nicht ab dan verzigten wir ihr immer Aufs Volksblat das ist eine schante in Arbeiter für sein Geld so waß zu biten

was sint den das vir Schmirfinken in Volksblat mit gruß

Wir sind nicht diejenigen, welche, wie unsere Gegner dem billigen Sporte huldigen, dem Volke seine mangelhafte Schulbildung, wie sie beispielsweise in diesem Briefe drastisch zum Ausdruck kommt, vorzuhalten. Aber es ist doch wirklich ein starkes Stück, anonym über ein Meisterwerk der klassischen Literatur ein derartiges Urteil abzugeben. Der Roman, den gegenwärtig das Volksblatt zum Abdruck bringt, ist ein prächtiges Pendant zu dem vor einigen Jahren abgedruckten Roman desselben Verfassers Zwischen Himmel und Erde. Während in dem letzteren das tragische Milieu zum Ausdruck kommt, behandelt die Heiterethei wie kein zweites der Weltliteratur das heitere, sonnige Element. So schlecht der Stil und die Orthographie des anonymen Einsenders sind, so schlecht ist auch sein literarischer Geschmack. Er räte wirklich gut, die Meister der deutschen Sprache, von denen Otto Ludwig mit an erster Stelle steht, mehr zu studieren. Zur Läuterung seines Geschmacks und zur Besserung seines sprachlichen Ausdrucks wäre es von der größten Wichtigkeit. Nebenbei sei noch mitgeteilt, daß zahlreiche Parteiblätter diesen Roman Otto Ludwigs zum Abdruck bringen. Ausgeschlossen ist es allerdings nicht, daß sich da und dort noch mehr solche literarische Banausen finden, wie dieser Hallesche Anonymus. Unseren Lesern, deren Geschmack noch nicht durch die Schundliteratur der Hintertreppenromane und Räuberpistolen vergiftet ist, können wir die Lektüre des brillanten Romans trotz solcher „Kritik" nur um so dringender empfehlen.

Der Lehrer-Verband der Provinz Sachsen

hält im Oktober in Eilenburg seine Vertreter-Versammlung der Zweigvereine ab. Zahlreiche Anträge sind schon aus den Kreisen der Lehrer gekommen. Sie betreffen größtenteils deren rechtliche und wirtschaftliche Forderungen zu der Ausführung des neuen Schulgesetzes. Auch einiger Skandal ist zu erwarten. So fordern die Anträge der Zweigvereine Kelbra-Kyffhäuser und Leißling und Umgegend, daß diejenigen Vorstands-Mitglieder des Provinzial-Verbandes, welche die vorjährigen Eisleber Provinzialbeschlüsse nicht respektiert und auf dem dritten preußischen Lehrertage dieses Jahres in Berlin gegen diese gestimmt haben, von einer Wiederwahl ausgeschlossen, ja aus dem Verbande ausgewiesen werden sollen. Es dürfte also auch auf diesem Verbandstage wieder ebenso lebhaft zugehen, wie voriges Mal in Eisleben.

Achtung, Former.

Bei der Firma Jakobi, Eisengießerei, Delitzscherstraße, legten am Sonnabend 15 Former die Arbeit nieder, nachdem durch die Verhandlungen der Arbeiter mit der Firma keine Einigung erzielt werden konnte.

---

* **Zu der Beerdigung des Genossen Beyer** hatten sich gestern nachmittag auf dem Südfriedhofe zahlreiche Freunde des verstorbenen Parteiveteranen eingefunden, ihm die letzten Ehren zu erweisen. Unter den zahlreichen Blumenspenden sah man auch solche des Sozialdemokratischen Vereins, des Gewerkschafts-Kartells, des Schneider-Verbandes und anderer Korporationen. Nachdem dann an der Gruft der Arbeiter-Sängerbund das Dort unten ist Friede zum Vortrag gebracht hatte, trat Genosse Güldenberg an die Gruft und widmete dem Verstorbenen einen tiefempfundenen Nachruf, dabei erwähnend, wie der alte Beyer sich schon in den Kinderjahren unserer Bewegung an derselben beteiligte und von den Leipziger Arbeitern im Jahre 1873 nach dem Eisenacher Sozialisten-Kongresse geschickt wurde. Nachdem der Arbeiter-Sängerbund dann noch den Chor Ein Sohn des Volkes gesungen, zerstreuten sich die Leidtragenden. Ein requiescat in pace dem alten Kämpen!

* **Der Einbruch im Apollo-Theater** fand eine rasche Sühne. Auf Grund hiesiger polizeilicher Benachrichtigung verhaftete die Polizei in Braunschweig als Täter zwei jüngere Männer, die bereits den Einbruch eingestanden haben und in deren Besitz noch zirka 300 Mark des gestohlenen Geldes vorgefunden wurden. Als Hehler kommt ein hiesiger Droschkenkutscher in Betracht, der in seiner Droschke die beiden Einbrecher in seine Wohnung fuhr und dort die gestohlene Kassette den Dieben öffnen half.

* **Günstige Nacht-Verbindung Berlin-Halle 1.—3. Klasse.** Seit dem 1. Mai ds. Js. ist durch Einlegung eines beschleunigten Nacht-Personenzuges Bitterfeld-Halle a. S. im Anschlusse an den 10.35 abends von Berlin nach Leipzig abgehenden Schnellzug eine neue günstige Verbindung nach Halle mit 1. bis 3. Klasse geschaffen worden: Berlin ab 10.35, Halle an 1.00 Uhr. Vor dem 1. Mai war die letzte Schnellzug-Verbindung und zwar mit nur 1. und 2. Klasse: Berlin ab 9.40, Halle an 11.40. Es ist jetzt also die Möglichkeit geboten, eine Stunde länger in Berlin zu verweilen und außerdem zur Rückfahrt die 3. Wagenklasse zu benutzen.

* **Ueber die neuen Verpflegungssätze in der königlichen Klinik** gibt folgende Bekanntmachung Aufschluß: Der § 5 der „Bedingungen über die Aufnahme Kranker in die königlichen Universitätskliniken zu Halle a. S. vom 27. Oktober 1884 hat folgende Fassung erhalten: „In der Regel wird 1. in der medizinischen Klinik, 2. in der chirurgischen Klinik, 3. in der Frauen- und geburtshülflichen Klinik, in der Augenklinik, 5. in der Ohrenklinik ein Kur- und Verpflegungskostensatz von täglich 2 Mark erhoben, für welchen der Patient neben der Unterbringung in einem mit mehreren Kranken belegten Zimmer und ärztlicher Behandlung die Beköstigung vom 3. Tisch erhält. Ausnahmsweise können die Direktoren der Kliniken innerhalb der etatsmäßig festgestellten Grenzen unbemittelten Kranken, die für den Unterricht ein besonderes Interesse bieten, eine Herabsetzung der Verpflegungssätze auf 1 Mark 50 Pfennige bezw. 1 Mark 25 Pfennige oder auch volle Freistelle gewähren. Wird für einen Patienten die Beköstigung vom 2. Tisch beansprucht, so erhöht sich der Satz auf täglich 4 Mk. und in den Fällen, wo Beköstigung vom 1. Tisch und hierneben ein besonderes Zimmer gewünscht wird, auf 8 Mark. In letzterem Falle kann in der Frauenklinik unter besonderen Umständen eine Ermäßigung auf 6 Mark eintreten. Neben den Kur- und Verpflegungskosten werden die Kosten für außergewöhnliche Wachen, Verbandsmaterial, Mineralbäder und Mineralbrunnen pp. besonders berechnet."

* **500 Mark Belohnung** sind von der geschädigten Bankfirma auf Ergreifung des Bankbeamten Rosenstiel ausgesetzt worden. Gegen R. ist bekanntlich auch ein Steckbrief erlassen.

* **Die Sitzung der Gewerbegerichtsbeisitzer,** die auf Mittwoch, den 15. August, verschoben war, fällt für diesen Monat aus.

* **Feldpost nach Südwest-Afrika.** Am 18. August wird wieder eine Feldpost von Europa nach Südwestafrika abgehen. Feldpost-Briefsendungen müssen spätestens bis 15. August aufgegeben werden, wenn sie diese Verbindung erreichen sollen.

* **Berichtigung.** In der Verhandlung des Kaufmannsgerichtes vom 6 August (Nr. 184 des Volksblattes) heißt der Kläger im ersten Falle Lucke und nicht Sucke.

* **Gestorben** sind im Laufe der vergangenen Woche in Halle-Süd 85 Personen, darunter 18 Ortsfremde, und zwar an: Darmkatarrh 25, Lungenentzündung 4, Brustentzündung 1, Gebärmutterkrebs 2, Altersschwäche 1, Herzschlag 1, Krämpfe 4, Brechdurchfall 12, Gesichtsrose 1, Lungentuberkulose 3, Selbstmord 2, Bronchopneumonie 1, Wassersucht 1, Lebensschwäche 5, Schädelbruch 2, Verbrennung 1, Bauchfellentzündung 1, Gebärmutterweiterung 1, Diphtherie 2, Lungenblähung 1, Darmverschlingung 1, Herzlähmung 1, Speiseröhrenkrebs 1, Apoplexie 3, Mastdarmkrebs 1, Scharlach 1, Magenkrebs 1, Zungenkrebs 1, Brustfellentzündung 1, Schädelbasisbruch 1, Lungenerweiterung 1, Zellengewebsentzündung 1.

In der vergangenen Woche verstarben an: Altersschwäche 1, Sarkom der Rippen 1, Hirnlähmung 1, Hirnlähmung 1, Krämpfe 1, Herzfehler 2, Zertrümmerung des Kopfes (Unglücksfall) 1, Lebensschwäche 2, Lippen-Kiefer-Gaumenspalte 1, Magencarzinom 1, Lungenentzündung 2, Bronchopneumonie 1, Drüsentuberkulose 1, Darmtuberkulose 1, Gastroenteritis 3, Brechdurchfall 6, Darmkatarrh 2, Magendarmkatarrh 1, Scharlach 1, Lungenschwindsucht 1, infolge Selbstmords durch Ertrinken; zusammen 31.

Hierunter befindet sich ein in einer hiesigen Krankenanstalt verstorbener Ortsfremder.

Totgeburten 1.

Ammendorf, 13. August. Seinen Verletzungen erlegen ist der Klempner-Lehrling Hartung aus Fährendorf, über dessen Unfall wir schon kurz berichteten.

Könnern, 13. August. Schöffengericht. Der Werkzeugmeister Belger und der Maiameister Rödding hatten je einen polizeilichen Strafbefehl über 3 M. erhalten weil sie am 10. Juni bei der von der Ortsbehörde angesetzten Feuerlöschübung ohne Entschuldigung gefehlt hatten. Beide wurden vom Schöffengerichte freigesprochen, weil im Ortsstatute sowohl, wie in der Feuerlösch-Ordnung Strafbestimmungen über Verstöße bei Uebungen fehlten. Die von den Betreffenden angeführten Gründe, religiöse Anschauung (Arbeit an Sonntagen betr.) und Alter oder Kränklichkeit, hätten die Leute nicht vor Strafe geschützt.

Aus den Nachbarkreisen.

Zeitz, 13. August. (E. B.) Bezirksfest der Bergarbeiter. Ein erstes Bezirksfest veranstalten die organisierten Bergarbeiter am kommenden Sonntag in der Wilhelmshöhe. Die Bergarbeiter wollen nach dem schweren Kampfe, der hinter ihnen liegt, und nach der gewöhnlichen schweren Arbeit Tag und Nacht auch einmal mit ihren Familien und im Kreise ihrer Kameraden einige fröhliche Stunden verleben. Dazu soll ihr Fest dienen, und es soll eine erhöhte Bedeutung erlangen, daß an ihm die Mitglieder aller um Zeitz liegenden Zahlstellen teilnehmen. Die Veranstaltungen, die getroffen sind, sind mannigfacher Art, so daß jeder auf seine Kosten kommen wird. Mögen deshalb recht viele Bergarbeiter mit ihren Familien zu diesem Feste herbeieilen und sich so recht von Herzensgrund aus amüsieren. Alle sonstigen Genossen und Arbeiter haben selbstverständlich Zutritt.

— Der 32jährige Fleischer Robert Fleischer aus Zeitz hat sich im Gefängnis in Gera durch Erhängen entleibt.

— Streikjustiz. Die Strafkammer in Naumburg hatte in ihrer letzten Sitzung wieder einige Berufungsverhandlungen zu führen. Die Berufung des Arbeiters Ernst Arnold aus Streckau, der Streikposten gestanden und, als ihn der Gendarm zum Verlassen seines Postens und Freigebung des Weges vergeblich aufgefordert, Widerstand geleistet hat und deshalb zu drei Wochen Gefängnis verurteilt wurde, ist verworfen. — Zu zwei Wochen Gefängnis hatte das hiesige Schöffengericht den Arbeiter Karl Tretbar aus Brossen verurteilt, weil er einen Arbeiter Arno Freigang Streikbrecher, dem man die Knochen zerschlagen müsse, genannt hat. Seine gegen dies Urteil eingelegte Berufung hat den Erfolg, daß seine Strafe auf eine Woche ermäßigt wird.

Sangerhausen, 13. Aug. Eine Berichtigung. Schuhfabrikant Fritz Zipse sendet dem Volksblatt folgende Berichtigung:

In Nr. 183 Ihres Blattes berichten Sie von in meiner Fabrik ausgebrochenen Lohndifferenzen. Mir selbst ist von solchen Differenzen nichts bekannt und ersuche ich Sie hiermit, diese Behauptung zu widerrufen. Gleichzeitig ersuche ich Sie um Namhaftmachung derjenigen Person, die Ihnen diesen Bericht hat zugehen lassen. In Erwartung Ihres Bescheids zeichne

Hochachtungsvoll
p. pa. Fritz Zipse.
F. Ketzler.

Dem Wunsche des Herrn Zipse, ihm den Namen des Einsenders anzugeben, tragen wir selbstverständlich nicht Rechnung. Bevor wir anderweitig Stellung nehmen, sei zunächst unserm Gewährsmann das Wort gestattet.

Eine Entgegnung im Bierkrieg kam hier in einer von über 200 Gastwirten aus Sangerhausen und der goldenen Aue besuchten Versammlung, der auch Vertreter der Brauereien beiwohnten, zustande. Die Brauereivertreter versprachen, daß künftig der Flaschenbierhandel an Private nicht mehr durch die Brauereien selbst sondern nur durch die Wirte erfolgen solle. Unter dieser Bedingung wollen die Wirte den Preisaufschlag von zwei Mark pro Hektoliter tragen.

Wittenberg, 13. August. (E. B.) Der Kreistag des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Wittenberg-Schweinitz tagte gestern im Lokal des Genossen Otto in der Töpferstraße. Der Antrag, die Beiträge von 20 auf 25 Pfennig pro Monat zu erhöhen, ist abgelehnt. Es ist den einzelnen Zahlstellen überlassen, ihrerseits Extrabeiträge zu erheben. Die Kreisleitung soll durch agitatorisch befähigte Genossen ergänzt werden. Der nähere Bericht folgt.

Merseburg, 13. August. Die Leiche des kürzlich beim Baden in der Saale ertrunkenen Schulknaben Karl Pohle ist am Freitag nachmittag bei Schkopau gelandet und zwecks Beerdigung in die Wohnung seiner Eltern nach hier überführt worden.

— Vergiftet hat sich die in Groß-Gräfendorf wohnhafte 17 Jahre alte Lina Lehmann mittelst Schwefelsäure. Was das Mädchen zu dem bedauerlichen Schritt getrieben hat, ist bisher noch unbekannt.

— Blutschande. In Dürrenberg wurde der 39 Jahre alte Schweizer Dreilich aus Ostrau unter dem Verdachte der Blutschande, begangen an seiner noch nicht 15 Jahre alten Tochter, verhaftet. Er soll schon früher ähnliche Verbrechen begangen haben, diese Tat hat er eingestanden.

Eisleben, 13. August. Ein 25-Pfennigstück. In letzter Zeit ist wieder viel die Zweckmäßigkeit eines 25-Pfennigstückes erwähnt worden, mit dem sich die Petitionskommission des Reichstages bereits in dem abgelaufenen Teile bei Beratung einer Eingabe der Osmabrücker Handelskammer beschäftigt hat. Die Abgeordneten Dr. Arendt und Genossen traten bei dieser Gelegenheit entschieden für das neue Geldstück ein, die Kommission aber sprach sich dagegen aus und erstattete in ablehnendem Sinne ihren Bericht an das Plenum, der aber hier vor den Ferien unerledigt blieb. Sollte der Reichstag sich schließlich doch für das 25-Pfennigstück entscheiden, so würde, wie von zuständiger Stelle verlautet, der Bundesrat voraussichtlich zunächst eine Umfrage bei der Geschäftswelt usw. veranstalten, um festzustellen, ob ein Bedürfnis für diese Vermehrung der Umlaufsmittel vorliegt. Die Bedenken gegen das 25-Pfennigstück sind in der Kommission eingehend erörtert worden. Vor allem ist es schwer, eine handliche Form zu finden. Das Publikum hat seinerzeit das 1868 auf Wunsch des Reichstags eingeführte 20-Pfennigstück als zu unhandlich zurückgewiesen, weshalb es aus dem Verkehr gezogen werden mußte. Ebenso würde es sich wohl gegenüber dem 25-Pfennigstück aus Nickel verhalten. Würde dieses aber stark mit Silber legiert und kleiner hergestellt, so würde es rasch rot und unansehnlich werden. Es würde auch schwer sein, die neue Münze so herzustellen, daß Verwechslungen mit dem Zwanzig- und Einmarkstück vermieden werden. Man hat vorgeschlagen, es nach belgischem Vorbilde zu durchlochen. Nach gesetzlicher Vorschrift muß aber eine Seite der deutschen Münzen den Reichs-Adler tragen, und diesen kann man doch nicht durchlochen. Die Anbringung einer Krone oder eines anderen Emblems auf der Münze ist aber aus gewissen Gründen, die mit der Zusammensetzung des Deutschen Reiches zusammenhängt, ausgeschlossen. Indessen, wenn wirklich ein Bedürfnis für Einführung dieser Geldsorte vorliegt, was ja die allgemeine Umfrage ergeben würde, dann würden die Behörden auch Mittel und Wege finden, um allen diesen Bedenken zu begegnen.

— Auf dem Zirkelschacht wurde Freitag früh der Fördermann Klaube aus Grillenberg durch das Zusammenstoßen zweier Förderwagen am rechten Beine ziemlich schwer verletzt.

Magdeburg, 13. August. Landgerichtsdirektor Fromme ist zum Landgerichtspräsidenten in Insterburg ernannt worden. Der Herr wurde seinerzeit über Magdeburgs Mauern hinaus bekannt, als er noch Vorsitzender einer Strafkammer war, die über die meisten Preßprozesse gegen die Volksstimme zu entscheiden hatte. Einmal hatte er dem Genossen Müller, der wegen irgend einer Lappalie angeklagt war, den guten Rat gegeben, er solle sich um „seine Parteiführer, die sich Villen bauen", kümmern, anstatt um so viele andre Dinge, die zu Anklagen führten. Das brachte dem Herrn Fromme eine gepfefferte Abfertigung durch den Genossen Bebel ein, die seinen Namen ziemlich bekannt machte. Müller lehnte ihn bei der nächsten Gelegenheit wegen Befangenheit ab, natürlich ohne Erfolg und ein paar Wochen später verurteilte ihn die Kammer des Herrn Fromme unter seinem Vorsitze zu vier Jahren Gefängnis wegen Majestätsbeleidigung. Die Majestätsbeleidigungs-Affäre, die später zur Verurteilung des verstorbenen Genossen Albert Schmidt zu drei Jahren Gefängnis und zur Freisprechung Müllers im Wiederaufnahme-Verfahren führte, begann mit diesem Urteile. Sie hat Herrn Fromme, der alle Urteile in dieser Affäre fällte, einen Platz in der Geschichte neudeutscher Justiz verschafft. —

Erfurt, 13. August. Wegen Abgabe ihrer Visitenkarte war eine Prostituierte zu fünf Tagen Gefängnis verurteilt. Sie machte beim Buchbinder Anton Schnell in der Marktstraße einen kleinen Einkauf. Aus ihrem kleinen Handtäschchen entfiel ihr dabei — wie sie angibt — eine Visitenkarte, die sie aber wieder an sich nahm. Als sie der Buchbinder nun verliebt ansah und meinend, eine neue gute Kundin vor sich zu haben, fragte, mit wem er die Ehre habe, händigte sie ihm ihre Karte wiederum aus. Schnell trug er dann diese auf die Polizei und machte Anzeige. — Die an die Strafkammer eingelegte Berufung wurde am Freitag verworfen.

— Die Schultheiß-Brauerei erklärt die Nachricht, daß sie den Wirten Kapital zur Verfügung stelle, um sie von den Erfurter Brauereien frei zu machen, als böswillige Erfindung.

Gotha, 13. Aug. Der Bierkrieg ist beendet. In einer Versammlung des Gewerkschaftskartells nahmen die beiden hiesigen Brauereien, welche die Bierpreiserhöhung vorgenommen hatten, dieselbe wieder zurück. Sämtliche hiesigen Brauereien sind nunmehr boykottfrei, dagegen soll der Boykott gegen die auswärtigen Biere mit aller Energie weitergeführt werden. Im benachbarten Nöbigen-Schnepfenthal ist der Bierkrieg ebenfalls beendet. Im Einvernehmen mit den Brauereien in Eisenach und Erfurt sind die dortigen Wirte auf die alten Preise zurückgegangen.

Jena, 13. Aug. Zum Bierkrieg. In starkbesuchter Protestversammlung wurde einstimmig eine Resolution angenommen, nach der sich die Versammelten verpflichten, vorläufig nur in solchen Lokalen zu verkehren, in denen der Bierpreis nicht erhöht wird.

Parteinachrichten.

— **Das Protokoll der Gewerkschafts-Konferenz,** das schon durch die Einigkeit im Auszuge veröffentlicht war, ist, soweit es auf die Erörterung des Massenstreiks Bezug hat als besondere Beilage des Vorwärts in einer 48 Seiten starken Broschüre veröffentlicht worden. Wir kommen noch darauf zurück.

— **Die neuen Reichssteuern,** wie sie wurden und was sie bedeuten. Mit einem Schlußkapitel: Agrarisch-kapitalistische und sozialdemokratische Steuerpolitik. Von Eduard Bernstein. Preis 30 Pfg.; Agitationsausgabe 1000 Exemplare 90 Mark.

Am 19. Mai 1906 hat der Deutsche Reichstag ein Steuergesetz beschlossen, durch welches die Steuerlast des deutschen Volkes nach Schätzung der Väter des Gesetzes um mindestens 200 Mill. Mark jährlich gesteigert wird. Der volkswirtschaftliche Charakter dieses Gesetzes, die Natur der einzelnen dieser Steuern, sowie die Art, wie dieses Stück Gesetzgebung zustande kam, bildet ein für die gegenwärtigen politischen Zustände in Deutschland und die im Deutschen Reichstage maßgebenden Parteien im höchsten Grade bezeichnendes Kapitel. Es der Arbeiterschaft Deutschlands in gemeinverständlicher Form vor-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219060814-14/fragment/page=0007

zuführen, ist der Zweck dieser Broschüre, die allen Parteigenossen zur Belehrung dringend empfohlen wird.

Versammlungsberichte.

Bauhilfsarbeiter, Halle. In der Versammlung am 7. August wurden 18 Kollegen neu aufgenommen. Die Aufnahme des Kollegen Wolf wurde zurückgestellt, da er persönlich erscheinen soll. Ueber die Lohnzahlung am Freitag sprachen sich die Kollegen dahingehend aus, daß es mit Freuden zu begrüßen sei, wenn der Lohn Freitags ausgezahlt würde. Es soll daher Propaganda für diese Sache gemacht werden. Ausgeschlossen wurde der Kollege Max Gebedt nach § 21 des Statuts, da er einen anderen Kollegen infolge einer Denunziation außer Arbeit brachte. Ebenfalls ausgeschlossen wurde der Kollege Paul Weber, der die Beschlüsse des Verbandes dadurch durchbrochen hat, daß er Arbeit bei der Firma Hahnemann u. Köhler annahm. Die Sperre über diese Firma wurde aufgehoben. Nachdem noch einige Viertelkassierer gewählt worden waren, wurde noch der frühe Arbeitsanfang bei der Firma Metze scharf gerügt. (10. 8.) K. J.

Metallarbeiter, Halle. Im Saale des Konzerthauses fand am Freitag, den 10. August, eine gutbesuchte Mitgliederversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes statt. Kollege Geehofer referierte in derselben über das Thema: Massenstreik und Gewerkschaftsbewegung. Nach den mit Beifall aufgenommenen Ausführungen des Referenten machten die Kollegen Heyne und Gröbel noch auf die Verhaltungsvorschriften aufmerksam, welche von den Mitgliedern bei Inanspruchnahme von Unterstützungen zu beobachten seien. Kollege Gröbel geißelte sodann noch das Verhalten einzelner Kollegen bezüglich der Ueberstundenarbeit und verschaffte dann den Anwesenden noch einige heitere Minuten durch Verlesen einiger giftgeschwollener Artikel des Mitteldeutschen Christian. Ein Antrag aus der Mitte der Versammelten, in einer der nächsten Zusammenkünfte über den Austritt aus der Landeskirche reip. Stellungnahme hierzu einen Vortrag halten zu lassen, wurde einstimmig angenommen. Mit einem Appell des Vorsitzenden an die Kollegen, für recht fleißigen Besuch der Veranstaltungen der Verwaltung Sorge zu tragen, wurde die Versammlung um 11 Uhr geschlossen.

Der Fachverein der Zimmerer hielt am 4. August seine zweite ordentliche Generalversammlung ab. Die Abrechnung vom zweiten Quartal ergab eine Einnahme von 416 Mk., eine Ausgabe von 382.90 Mark, einen Bestand vom vorigen Quartal von 895.95 Mark. Somit bleibt ein Bestand am zweiten Quartal von 929.05 Mark. Der Kassierer wurde entlastet. Die Abrechnung von der Wasserfahrt ergab ein Defizit von 27.95 Mark, welches von der Vereinskasse gedeckt wird. Die von der Kommission vorberatenen Statuten wurden mit kleinen Abänderungen von der Versammlung einstimmig genehmigt, desgleichen die Geschäftsordnung. Am Sonnabend, d. 18. August, wird eine öffentliche Versammlung abgehalten werden, in welcher Genosse Maurer Getel einen sehr wichtigen Vortrag hält, wozu auch die hiesigen Parteigenossen eingeladen werden. Tagesordnung wird noch bekannt gegeben. F. B.

Polizeiliches und Gerichtliches.

§ Hurrarufen ist keine Nötigung sondern eine Beleidigung. Am 3. Juli verurteilte das Schöffengericht Lübeck den streikenden Tischler P. wegen Nötigung zu zwei Monaten Gefängnis. Und worin wurde die Nötigung gefunden? Weil angeblich P. am 23. April in der Schönkampstraße einige Kinder aufgefordert haben soll, bei der Ankunft des arbeitswilligen Tischlers Pöhls Hurra zu rufen. Die Strafkammer hatte sich als Berufungsinstanz mit der Sache zu befassen und kam zu der Ansicht, daß — wenigstens in diesem Falle — das Hurrarufen eine Beleidigung sei. Diese „Beleidigung" mußte natürlich schwer gerochen werden. P. soll deshalb zwei Monate ins Loch. So will es die lübecksche Gerechtigkeit! Wenn sonst Leute auf Kommando Hurra schreien, wird das als „Ehrung" betrachtet. Bald so, bald so, wie's trefft.

Gerichtssaal.

Ferien-Strafkammer.

Halle, den 11. August.

Vorsitzender: Landgerichts-Direktor Reuter; Ankläger: Assessor Volgt.

Um eines kleinen Vorteils willen hatten die Arbeiterinnen Elisabeth Bloch und Pauline Ziege von Berlin ein raffiniertes Betrugsmanöver in Szene gesetzt. Gegen die Bloch, die oft vorbestraft ist, lautete die Anklage auf Rückfallbetruges bezw. Urkundenfälschung, und die Ziege ist flüchtig. Beide Personen hatten davon Kenntnis bekommen, daß die Schwiegertochter einer Frau B. in Bitterfeld, eine Frau P. in Berlin, ein Strafmandat über 30 Mk. erhalten habe. Nach Vereinbarung der Ziege mit der Bloch, reiste letztere mit der Bahn nach Bitterfeld und ging zu Frau B., dieser mitteilend, daß ihre Schwiegertochter in großer Verlegenheit sei, da sie eine Geldstrafe von 30 Mk. zu bezahlen habe. Die Schwiegermutter wollte das zunächst nicht glauben, und brachte dem Besuche der Frau Bloch Mißtrauen entgegen. Während der Verhandlung traf auf einmal ein Telegramm von Berlin ein mit der Mitteilung: „Schickt sofort das Geld durch Fräulein B." P. (der Mann der Schwiegertochter) soll von der Geschichte nichts wissen. Dieses Telegramm war von der Ziege abgesandt; Frau B. glaubte aber, es rühre von ihrer Tochter her, gab der Bloch 30.40 Mk., ein Stück Speck und eine Wurst, und letztere ging dann mit der Beute wieder nach Berlin, wo sie sich mit der Ziege einen vergnügten Tag machten. Später wurde der Schwindel entdeckt. Die Bloch sagte nun in der Voruntersuchung zunächst, sie habe geglaubt, die Ziege wolle die 30 Mk. ernstlich der Frau P. geben. Mit der Reise nach Bitterfeld habe sie der Z. und der P. nur einen Gefallen erweisen wollen. Später erklärte die Angeklagte dann, sie habe wohl gewußt, daß die Ziege das Geld einstecken wolle, wisse aber nicht, wo letztere sich aufhalte. Als nun der Staatsanwalt aber weitere Ermittelungen und die Verhaftung der Angeklagten beantragte, kam diese mit einem bereits früher abgelegten Geständnis heraus. Sie gab an, daß das Telegramm auf Veranlassung gefälscht war, und nannte auch schließlich die Wohnung der Ziege. Der Staatsanwalt beantragte darauf wegen Urkundenfälschung und Betrugs sechs Monate Gefängnis. Das Urteil lautete auf neun Monate; außerdem wurde die Bloch in Haft genommen. — Rechnet man von der Beute die Unkosten für die Reise von Berlin nach Bitterfeld und zurück, die Telegrammgebühren, die Zeitversäumnis, Umstände 2c. ab, dann muß man zu der Ansicht kommen, daß die beiden Personen, die sich strafbar gemacht haben, bei aller Raffiniertheit doch geradezu wahnsinnig gehandelt haben.

Verworfen wurde die Berufung des Handelsmannes Schulze, der vom Schöffengericht mit einer hohen Geldstrafe belegt worden ist, weil er einen Gastwirt Westermann bei dem Verkauf einer Gastwirtschaft betrogen hatte. Wie das bei solchen Geschäften leider so oft geschieht, machte er falsche Angaben bezüglich des Bierumsatzes.

Wegen Untreue war ein Agent von Merseburg angeklagt, der in den Jahren 1899 bis 1903 als Bevollmächtigter einer Mannheimer Versicherungsgesellschaft zum Rechtsteile der letzteren über Vermögensstücke verfügt haben soll. Die Sache wurde vertagt.

Schöffengericht.

Halle, 11. August.

Wegen Körperverletzung mittels hinterlistigen Ueberfalls waren der Schuhmacher Paul Winterfeld und dessen Ehefrau angeklagt. Die Beschuldigten lebten mit einer Hausdienerfrau Böhme, mit der sie in einem Hause wohnten, auf gespanntem Fuße. Am 16. Mai, gelegentlich einer Begegnung, kam es zwischen W. und der Frau B. zu einem Wortwechsel, nach dem W. in unbarmherziger Weise mit der Faust auf die Frau B. losschlug. Nunmehr kam auch noch Frau W. hinzu, die den Streit eingeführt zu haben scheint, und zerrte der Mißhandelten an den Haaren herum. Die äußerst geschmacklose Rauferei hatte das Ergebnis, daß Winterfeld mit einem Monat und seine Frau mit 25 Mk. Geldstrafe belegt wurden.

Interessant zu werden scheint eine Privatklage des Rentiers und Hausbesitzers Voigt gegen den bekannten Pfarrer emer. Haß von hier wegen Beleidigung. Letzterer ist mit seinem Hauswirt in Konflikt geraten, weil er geduldet haben soll, daß in seiner Wohnung Wäsche gewaschen sein soll. Die Meinungsverschiedenheiten führten zu Vorwürfen wegen angeblicher Kontraktsfälschung 2c. Es kam zur Ermittlungsklage und einer Anzeige bei der Staatsanwaltschaft. Vor dem Schiedsgericht soll sich der Herr Pfarrer nicht gestellt haben. Behufs weiterer Aufklärung des Sachverhalts sollen Akten von der Staatsanwaltschaft eingefordert werden, weshalb die Sache vertagt werden mußte. Herr Pfarrer Haß ist daher bekannt, weil er früher einmal auf den drolligen Einfall gekommen war, einen Schutzverein gegen dreistes Gesinde zu gründen.

Literatur.

Von der **Neuen Zeit** ist soeben das 46. Heft des 24. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Eine Seeschlange. — Energie und Wirtschaft. Von Ant. Pannekoek. (Schluß.) — Scheinkapitalisten. Von Leopold Braun. — Das Hausbesitzerprivileg und das preußische Oberverwaltungsgericht. Von Paul Hirsch. Jugenderziehung und Jugendorganisation. Von H. Backhaus. — Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Kartonnagen-Industrie. Von Ernst Merkel. — Zum Thema Arbeiterbildung. Von Emil Rauch. — Literarische Rundschau: Unter Kunden, Komödianten und wilden Tieren. Von C. Korn. A. Fotel, Sexuelle Ethik. Von Therese Schlesinger-Eckstein.

Der Deserteur von R. Buchanan. Ein Roman voll erschütternden dramatischen Szenen wird jetzt von der, im Parteiverlage der Buchhandlung Vorwärts erscheinenden illustrierten Wochenschrift **In Freien Stunden** veröffentlicht. Es ist die Aufgabe dieser Zeitschrift, die verblödende Schundliteratur aus den Kreisen der Arbeiter zu verdrängen und an deren Stelle für gute Unterhaltungsliteratur Sorge zu tragen. Diese Aufgabe kann aber nur gelöst werden, wenn die politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sich die Verbreitung dieser Zeitschrift angelegen sein lassen und in Fabriken und Werkstätten, bei Versammlungen und sonstigen Gelegenheiten unablässig neue Abonnenten anwerben. Probehefte stellt der Verlag für diese Zwecke gern zur Verfügung.

Süd. Postillon Nr. 17 sendet uns der bekannte Münchener Verlag M. E.'s Titelbild: Die Promenade nach Moskau kennzeichnet das „Wöchtegern" diplomatischer Glanzkepte. H. P.'s Witzchen Zeu beleuchtet jüngsten bayrischen Jungadels-Uebermut. Das Schlußbild: Der eiserne Besen im Kolonialamt und seine sonderbare Anwendung spricht deutlich für sich selbst. Rußland steht im politischen Zeitungsstoffe obenan, auch der Süddeutsche Postillon eröffnet seinen textlichen Teil mit dem Gedichte Nach der Duma, und zarische Gedanken über die Duma. Aber auch die übrigen Weltereignisse sind genügend und trefflich kritisch berücksichtigt. Der Süddeutsche Postillon geißelt mit wahrem Vergnügen auf die „Großen" der Welt und ihre Torheiten und Selbstüberhebungen. — Die Nummer ist in allen Buchhandlungen und bei den bekannten Stellen zu haben.

Emerich Rath, Der Gepäckmarsch über 50 Kilometer und warum sich siegte. Mit 15 Autotypien und einem Titelbilde von Fidus. Verlag: Lebensreform, G. m. b. H., Berlin C. 54. 72 Seiten, Preis 1. M.

Am 3. Dezember 1905 fand in Berlin ein Wettmarsch über 50 Kilometer mit militärischer Bepackung statt, welcher bei seiner Eigenartigkeit nicht geringes Aufsehen erregte. Der Verfasser gibt in Natürlichkeit eine Schilderung des ganzen Verlaufes des großartigen Wettmarsches und eine Begründung seines Sieges und seiner ungeheuren Leistung, 50 Kilometer in 6 Stunden 31 Minuten zurückzulegen.

Sozialdemokr. Verein für den Wahlkreis Merseburg-Querfurt.

Generalversammlung: Sonntag, den **19. August**, vorm. 11 Uhr, in **Merseburg**, Restaur. z. Funkenburg.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht.
2. Kassenbericht und Bericht der Revisoren.
3. Bericht der Distriktsleiter.
4. Anträge:

Der Vorstand beantragt bei § 12 des Statutes einzuschalten: Der Vorsitzende, Kassierer und Schriftführer des Hauptvorstandes u. s. w.

Genosse Recknagel-Modelwitz: Um die Agitation im Wahlkreise besser als bisher zu fördern, möge die General-Versammlung eine fünfgliederige Agitations-Kommission am günstigst gelegenen Orte einsetzen und sie beauftragen, mit allen Kräften an den, der Parteibewegung noch fernstehenden, Orten Stützpunkte zu suchen und vor allen Dingen für die Verbreitung unserer Presse Sorge zu tragen. Diese Kommission hat über ihre Tätigkeit auf jeder Generalversammlung Bericht zu erstatten.

Genosse Sämisch-Schkeuditz beantragt, den Monatsbeitrag von 20 auf 25 Pf. zu erhöhen.

Genosse Hordorf-Schkeuditz: Für die Beschickung des Parteitages einen Extra-Beitrag von 10 Pf. pro Mitglied zu erheben.

Genossen in Merseburg: Die Generalversammlung wolle beschließen, den Sitz des Vereins nach Merseburg zu verlegen.

Die Genossen Kath und Mehnert, Merseburg, beantragen: Die auf der vorigen General-Versammlung angenommene Resolution bezügl. der Konsum-Genossenschaftsfrage, zum Teil aufzuheben, und zwar soweit die Tätigkeit der betr. Genossen dabei in Frage kommt.

5. Parteitag. Referent: Genosse Pollender.
6. Agitation und Presse. Ref.: Genosse Drescher.
7. Wahl des Ortes für die nächste Generalversammlung.

Der Vorstand.
Konrad Müller, Vorsitzender.

Für Ausflügler nach der Kyffhäuser-Gegend.

Die Genossen, welche bei ihren Ausflügen in Kelbra einkehren, werden gebeten, nur folgende uns zu allen Parteizwecken zur Verfügung stehende Lokale zu berücksichtigen:

Weißes Roß, Inhaber Paul Rosenfeld,
Prinz von Preußen, Inhaber Karl Reiche,
Sängerhalle, Inhaber Joh. Bauersfeld.

Nur diese drei Lokale legen auch das Volksblatt aus.

Der Vertrauensmann.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Verantwortlicher Redakteur: A. Molkenbuhr in Halle.

Caramel-Malz-Bier

von Heinrich Müller's Wwe., Schwemme-Brauerei.

Aerztlich empfohlen! Fast alkoholfrei!

Nur echt, wenn jede Etikette nebenstehende Schutzmarke — „Pelikan mit Jungen" — trägt.

Vor Nachahmungen wird gewarnt.

Erhältlich in fast allen Restaurants, Flaschenbier- und Viktualien-Handlungen.

Wandkarte der Provinz Sachsen.

Ein Hilfsmittel, um die geographische Ausdehnung der Verwaltungskreise genau festzunageln, ist sie besonders für Orts- und Kreisvertrauensmänner unentbehrlich.

Größe: Ein Quadratmeter. Sehr gut gearbeitet.

Für die Abonnenten des Volksblattes Preis 1 Mark.

Nach außerhalb inkl. Porto und Verpackung **1.35 Mark.**

Buchführung für Konsumvereine.

Bearbeitet von **J. Heins**, Verbandsdirektor in Bremen.

Preis **2.00 Mk.**

Zu beziehen durch **Die Volksbuchhandlung**, Harz 42/43.

Spottbillig!

Gebr. Kleiderschrank (nußbaum) nur 22 Mk.; Vertikow nur 22 Mk.; Sofa 38 Mk.; Sofatisch 9 Mk.; 2 Muschelbettstellen m. Matr. à 25 Mk.; Spiegel 8 Mk., zwei Federbetten à 15 Mk.; Plüschgarnitur 75 Mk.; neue Nähmaschine nur 48 Mk., 5 Jahre Garantie, sofort zu verk. Geiststraße 21, I Tr.

Praktischer Rechtsbeistand.

Enthaltend das neue Bürgerl. G.-B. Handels-, Zivil-, Straf-, Konkurs- u. Gewerbeordnung, Arbeiter-Versicherungs- und andere Gesetze.

Gut gebunden **1.50 Mk.**

Volksbuchhandlung, Harz 42/43.

Praktische Tabelle

zur Bestimmung des **Kubikinhalts runder Holzstämme und vierkantigem Holz.**

Preis **20 Pf.**

Volksbuchhandlung.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Begräbnis unseres lieben Sohnes

Hermann Kutscher

sagen wir allen, die seinen Sarg so reich mit Blumen schmückten und ihn zur letzten Ruhestätte begleiteten, unseren herzlichen Dank. Dank Herrn Lehrer Richter sowie den lieben Schulkameraden für die letzte Ehrung.

Familie Kutscher.

Dank.

Für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme sagen wir allen Freunden und Bekannten, welche meinem lieben Manne, unserem guten Vater, Groß- und Schwiegervater die letzte Ehre erwiesen und sein Grab so reichlich mit Blumen schmückten, herzlichen Dank. Ferner Dank der Gewerkschaft d. Schneider u. der Sektion der Schneiderinnen, dem Sozialdem. Verein, dem Gewerkschaftskartell, Herrn Güldenberg für seine Grabrede und den Sängern für ihren ergreifenden Gesang am Grabe.

Die trauernden Hinterbliebenen:
Frau verw. Beyer nebst Kindern,
Fr. Wickert und Frau,
H. Hübner und Frau.

Berlag und für die Inserate verantwortlich: [illegible] — Druck der [illegible] Buchdruckerei [illegible]

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219060814-14/fragment/page=0008